

# ISJAHRE LUBECKER ZEITGESCHICHTE

YOU DER REVOLTE BIS ZUR MATIONALEN ERNEUMS

VERLAG CHARLES COLEMAN, LUBECK

auch den letzten Boden entzog. Dem Bürger= meister hatte man als schließlich einziges Bergehen dur Last gelegt, daß er mit Justid= rat Claß noch persönliche Beziehungen un= terhielt. Claß bezeichnete man als den Ober= putschisten, der bisher noch in jeden Putsch als Hauptakteur verwickelt gewesen sei. Und man hatte auf den Kapp=Putsch usw. ver= wiesen. Der Senat war diesen Vorwürfen nachgegangen. Er hatte an das Reichsgericht, das Volksgericht in München und an den Generalstaatsanwalt in Berlin geschrieben. Antwort war inzwischen von dem Ober= reichsanwalt eingegangen. Dieser teilte mit, daß in der Klagesache gegen Kapp und Ge= nossen gegen Dr. Claß kein Ber= fahren eingeleitet worden sei und daß er auch in dem Prozeß gegen Jagow nicht zu den Angeschuldigten gehörte. Aus diesem Grunde habe er auch die Uebersen= dung von Akten als zwecklos bezeichnet. Es blieb also nichts gegen Dr. Reumann.

Tropdem wurde der Mißtrauensantrag mit dem alten Stimmenverhältnis von 43 ange= nommen, Dagegen wurden 32 Stimmen abgegeben, da die Fraktion der Hausbesitzer (Dr. Geister, Dietrich und Schlosser) wieder sich der Stimme enthielten, Gäde (Fraktion für Grundbesitz und Wirtschaft) mit Ent= schuldigung und Dr. Siering (Zentrum) ohne Entschuldigung sehlten. Am nächsten Tage trat Bürgermeister Dr. Neumann zurück und den Vorsitz im Senat übernahm der Sozialdemokrat Löwigt. Bürgermeister Dr. Neumann hatte es abgelehnt, nochmals das Volk zur Entscheidung aufzurufen, weil er müde des Kampfes gegen gehässige Angriffe und Verleumdungen war und angesichts der Haltung der Grundeigentümer auch keinen Erfolg sehen konnte. Dr. Neumann hatte 23 Jahre dem Senat angehört und sich durch seine verdienstvolle Tätigkeit den Dank aller einsichtigen Bürger Lübecks erworben.

So fiel ein tiefer Schatten auf die

## 700-Jahrseier Lübecks.

Die Stadt hatte sich zu diesem Feste wundervoll geschmückt. Ueberall sah man die lübeckischen Fahnen und Blumen. Alle nor= dischen Staaten waren durch ihre Gesandten oder Minister vertreten, desgleichen alle übrigen Länder des Reiches bis auf Preußen. Das Reich selbst war durch den Reichs= verkehrsminister vertreten. Viele Tausende von Gästen beherbergte Lübeck in diesen Tagen. Gäste aus dem Reiche und dem be= freundeten Skandinavien. Es war die größte Beranstaltung, die Lübeck je feierte und ihre Werbekraft für Lübeck war ungeheuer. Für Bürgermeister Dr. Neumann wurde Sena= tor Dr. Vermehren zum Repräsentanten der Stadt. Von tiefem Eindruck war der Festakt im Rathause, war die Gemeinschafts= feier der Hansestädte in der Katharinenkirche, in der das Geschenk der beiden Schwester= städte, ein Abguß des Hauptwerkes des alten hanseatischen Meisters Bernt Notke, der St. Jürgen, aufgestellt war. Glänzend war auch der Festzug, der sich damals durch die Stadt bewegte und die stolze Geschichte unserer Stadt versinnbildlichte. Es gab keine deutsche Zeitung, keine nordische Zeitung, die nicht in spaltenlangen Artikeln über diese Lübecker Festtage berichtete. Gleichzeitig fand hier eine deutsch=nordische Pressekonserenz statt, in der wichtige gemeinsame Berkehrsfragen usw. eingehend erörtert murden. Die Fest= beleuchtung Lübecks war wie ein Märchen. Zum ersten Male erstrahlten damals auch die Türme von St. Marien im hellsten Lichte, ein Bild, das sich tief in das Ge= dächtnis aller Festteilnehmer einprägte. Die Lübecker Bevölkerung nahm begeistert an

den festlichen Veranstaltungen teil. Die Hetze des Volksboten gegen dieses Fest schien ge= rade das Gegenteil bewirkt zu haben.

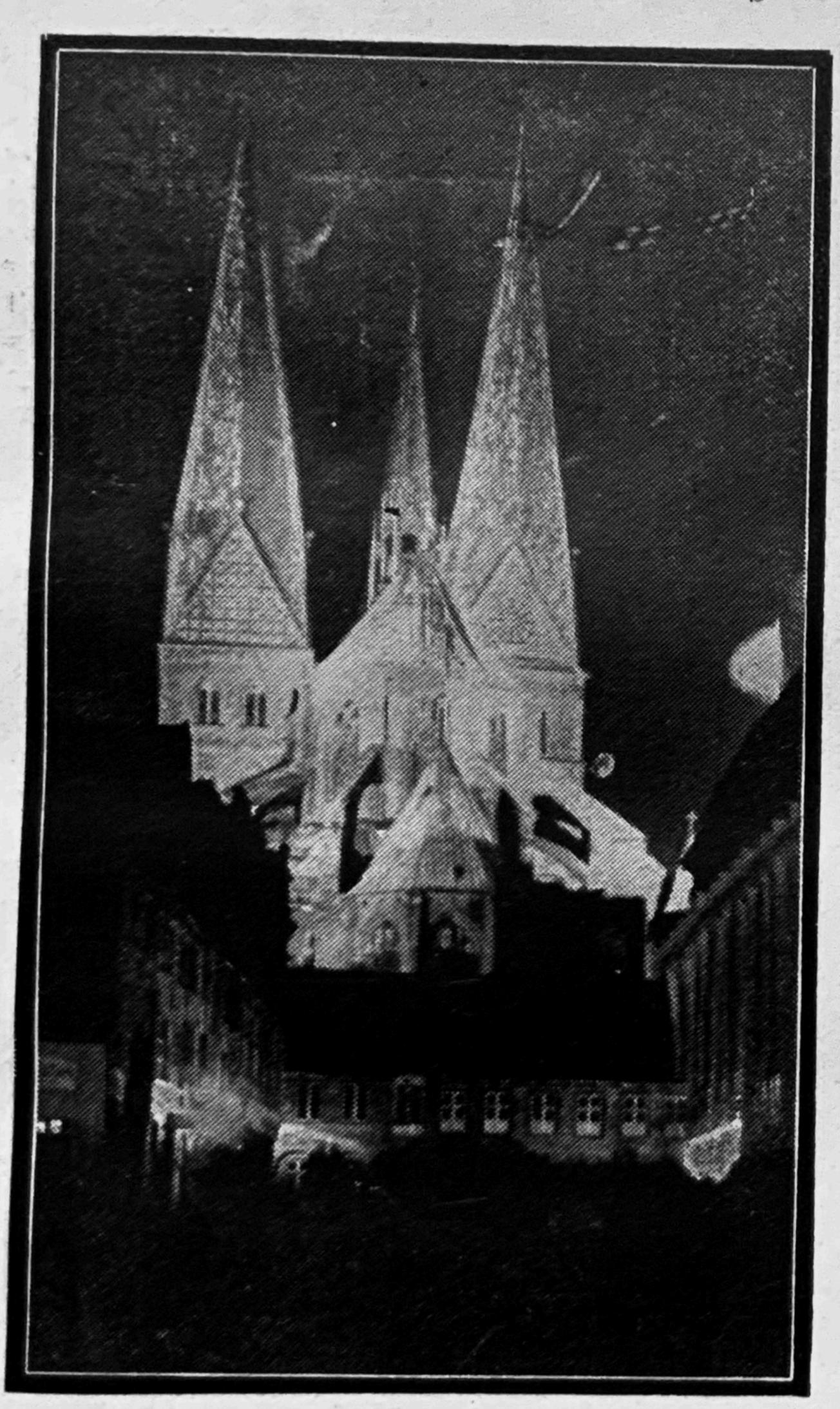
Noch während dieses Festes sette der Volksbote seine Setze gegen Bürgermeister Dr. Neumann sort, und zwar auf persön=lichem Gebiete. Die Ursache dazu gab die Tatsache, daß Bürgermeister Dr. Neumann Aussichtsratsvorsitzender in den Hugenbergsichen Unternehmungen war. Auch hier erslebte das Blatt einen Keinfall nach dem anderen, ohne aber in seinem Bestreben nachzulassen, den Schild dieses Mannes zu beschmutzen.

Am 17. Juni zeigte es sich, wie recht Bürgermeister Dr. Neumann hatte, als er erklärte, daß die kommenden Senatswahlen der Bevölkerung die Augen über das Spiel, das hier getrieben wurde, öffnen würden. Wir schrieben damals:

#### "Allso doch!

Wie uns mitgeteilt wird, ist von den Sozialdemokraten und Demokraten Ecksholdt sür den vollamtlichen Senatsposten (18 000 Mark Gehalt und Pensionsberechstigung) in Vorschlag gebracht worden. Die Sozialdemokraten wollen sich also auf Kosten der Steuerzahler für die Mithilse bei der Hebe gegen Dr. Neumann sehr dankbar erweisen. Was sich schon damals in den heißen Tagen des Kampses die Spaten von den Dächern zupfissen, nämslich, daß Eckholdt auf einen Senatsposten wartet, erkennt man nun als die richtige Melodie. Unverständlich bleibt es uns, wie

Schritt mitmachen konnte, der ihr, das kann sie sich an den zehn Fingern abzählen, den letzten Rest ihrer Wählerschaft kosten muß. Die Mitgliederzahl der Demokratischen Partei ist sowieso schon in den letzten Wochen stark zusammengeschmolzen, also innerhalb einer Zeit, da unbesangene Gemüter noch glauben konnten, daß bei



Marienkirche im Flutlicht.

dem Kampfe auch nicht die Spur persön= licher Interessen im Spiele gewesen ist. Dank wird man es Dr. Gört wissen, daß er bereits vor einigen Tagen seinen Aus= tritt aus der demokratischen Fraktion er= klärt hat, während Wandke überhaupt aus der Bürgerschaft ausgeschieden sein soll. Die Kandidatur Eckholdt ist eine Gefahr für Lübeck. . . . In unseren Senat gehören Männer, die dem Allgemeinwohl dienen wollen und die zur Herbeiführung ihrer Wahl nicht vorher sich in solcher Weise bloßstellen, wie es hier geschah. Angesichts der Gefahr der Kandidatur Eckholdt gibt es für alle übrigen nichtsozialistischen Fraktionen nur noch eine Parole, nämlich

die, sich über alle kleinlichen Parteifragen hinweg zu einigen, um die Wahl Echoldts unmöglich zu machen. Wer jetzt noch angesichts dieser Sachlage sein eigenes Parteissüppchen zu kochen versucht, der darf sich nicht wundern, wenn im November d. J. bei den Reuwahlen auch über sie der Stab gebrochen wird. Denn die bürgerliche Besvölkerung Lübecks ist nachgerade hellhörig geworden und läßt nicht länger mit sich Schindluder treiben."

In derselben Nummer veröffentlichten wir auch ein Dankschreiben des Senats an den Hauptausschuß für die 700-Jahrfeier, unterzeichnet von dem Sozialdemokraten Löwigt. Das Dankschreiben lautete: "Nach= dem die 700=Jahrfeier der Reichsfreiheit Lübecks in so glänzender Weise verlaufen ist, nimmt der Senat gern Veranlassung, dem Hauptausschuß für sein uneigennütziges echt vaterstädtisches Wirken und die in jeder Hin= sicht voll befriedigende Ausgestaltung der Feier seinen besonderen Dank und seine An= erkennung auszusprechen. Möge die viele Mühe und Arbeit des Hauptausschusses auch dadurch gelohnt werden, daß die 700=Jahr= feier sich für unser Gemeinwesen in vieler Beziehung fruchtbringend auswirke."

Das war eine Ohrfeige für Dr. Leber

und zwar eine wohlverdiente.

Um aber wieder auf die Senatswahlen zurückzukommen. Sozialdemokraten und De= mokraten mußten sich natürlich, wenn sie Eckholdt durchbringen wollten, um Helfer umsehen. Denn die Kommunisten halfen ihnen dabei nicht mehr. Aber man hatte ja noch einen zweiten Senatsposten zu vergeben, allerdings nur einen nebenamt= lichen. In der nächsten Bürgerschaftssitzung wurde der Austritt von Dr. Görtz aus der Demokratischen Fraktion und der Austritt Wandkes aus der Bürgerschaft bekannt= gegeben. Für Wandke sollte der Kaufmann Heickendorf eintreten. Der winkte ab, da er schon vor 1½ Jahren von den Demokraten sich geschieden hätte. So kam der Leiter der Gemeinschaftsschule Lehrer Grube in die De= mokratische Fraktion. Dann wurde auch mit= geteilt, daß Dr. Geister wegen Berufsüber= lastung aus der Fraktion der Hausbesitzer ausgeschieden sei. Für ihn kam Rieckmann in die Bürgerschaft.

Die drei Mann der Fraktion für Grundsbesitz und Wirtschaft hatten sich bereiterklärt, für Echoldt zu stimmen, wenn Dr. Geister auch in den Senat gelange. Dr. Geister leistete hierbei wohl ein gewisser Ehrgeiz; unslautere Motive sptelten bei ihm keine Rolle. Er war von 1909 bis 1919 als Regierungsrat und Senatssyndikus Mitarbeiter des Vorskriegssenats gewesen. 1919 war er auf eigenen Wunsch als Senatssyndikus ausgeschies den und wurde Rechtsanwalt und Notar. Wahrscheinlich glaubte er, als Senatsmitzglied die von ihm vertretene Politik besser

durchsetzen zu können. Er hatte sich vor wie nach dem Kriege-vor allem in Verwaltungs= reformen publizistisch betätigt. Er übersah hierbei nur, daß er es mit fast allen bürger= lichen Parteien verdarb, als er sich auf das Kompromiß mit der Linken einließ.

Am 18. Juni fanden die Senatswahlen statt. Echfoldt wurde zum vollamtlichen und Dr. Geister zum nebenamtlichen Senator ge= wählt. Eckholdt brachte es auf 36 Stimmen,

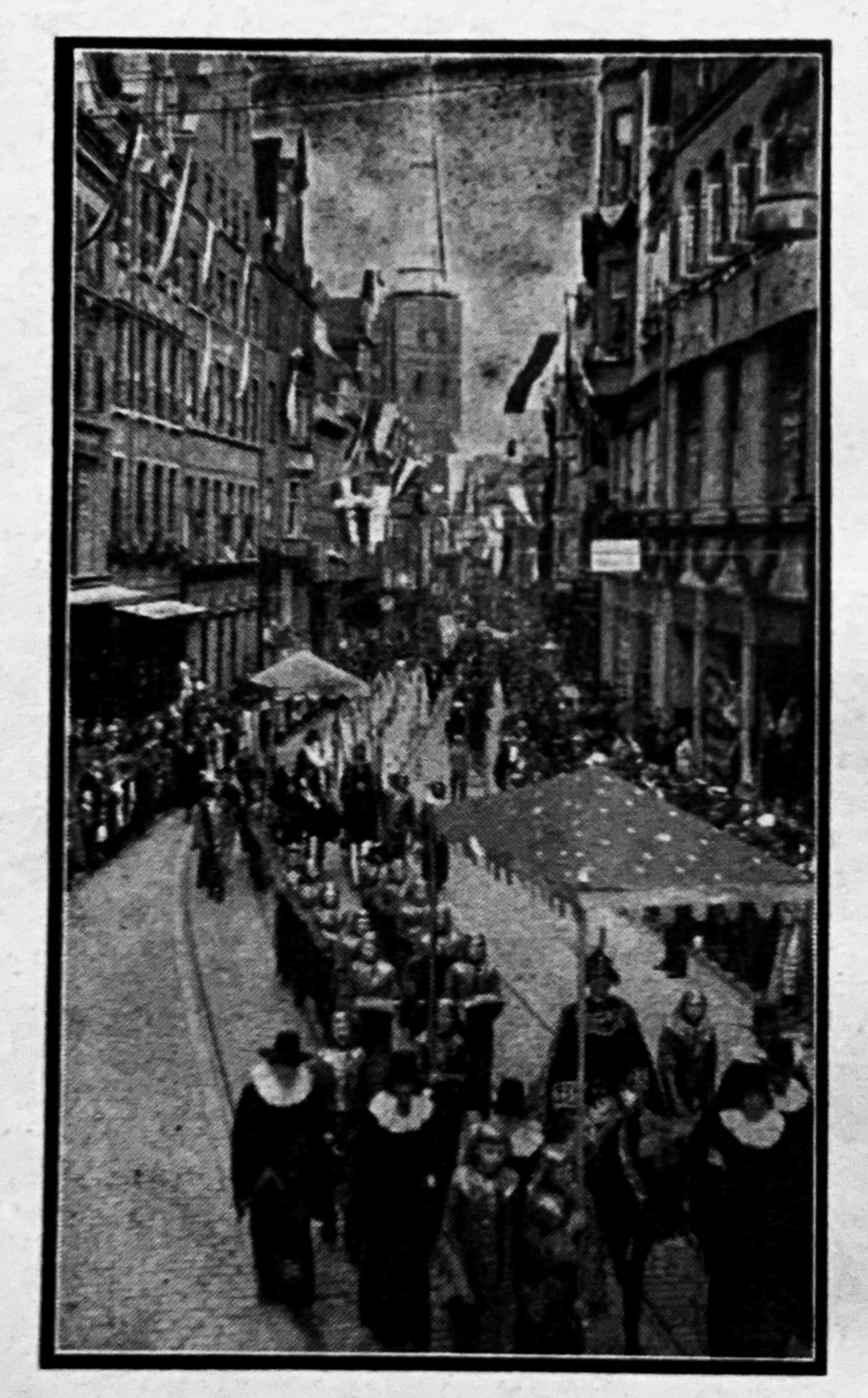


Bild aus dem Festzug.

während für Staatsrat Dr. Lange nur 34 Stimmen gezählt wurden, Die Kommunisten gaben weiße Zettel ab. Bei der Wahl Gei= ftere gab sogar Eckholdt einen Zettel ab, ob= gleich er als Senatsmitglied nicht mehr mit= wählen konnte. Das wurde auch inhibiert, jo daß Dr. Geister nur mit 35 Stimmen gegen die 34 für 23. Eschenburg gewählt murde.

Der Senat war somit wieder vollzählig. Auf dem Papier bestand er aus fünf Sozial= demokraten und 7 Bürgerlichen. In Wahr= beit aber bestand er aus nur fünf Bürger= lichen und 7 Mitgliedern, von denen 2 man= gels einer Stüte bei den Bürgerlichen machen mußten, was Dr. Leber wollte. Die Haus= besitzer sagten sich mit einem Stimmenver= hältnis von 9:1 von Dr. Geister und seinen drei Helfern in der Bürgerschaft los, mäh= rend die demokratische Partei einen völligen

Zusammenbruch in Lübeck erlebte! Bei der Einführung der nur von der Linken gewählten beiden bürgerlichen Ge= natsmitglieder Eckholdt und Dr. Geister er= flärte der sozialdemokratische Senator und spätere Bürgermeister Löwigt in einer Rede, daß die Gründe, die Bürgermeister Dr. Reumann zum Ausscheiden aus dem Senat ver= anlaßten, auf politischem Gebiete lägen. Er halte es nicht für angebracht, darauf einzu= gehen. Bürgermeister Dr. Reumann sei 1904 in den Senat gewählt worden. Alls Polizeiherr, als Vorsitzender der Finanz= behörde und seit 1921 als Präsident des Senates habe er an verantwortungsvoller Stelle gestanden. Auch in den Zeiten der größten politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten hatte er es verstanden, mit Ge= chick und Energie die Interessen des lübeckischen Freistaates zu fördern. Dies anzuerkennen, würden sicher auch seine politischen Gegner bereit fein.

Hierin täuschte sich allerdings der spä= tere Bürgermeister gründlich. Dr. Leber und Dr. Solmit kannten auch in der Folgezeit kein anderes Ziel als das, die per= sönliche Ehre dieses Mannes immer wieder mit den verlogensten Argumenten anzu= greifen.

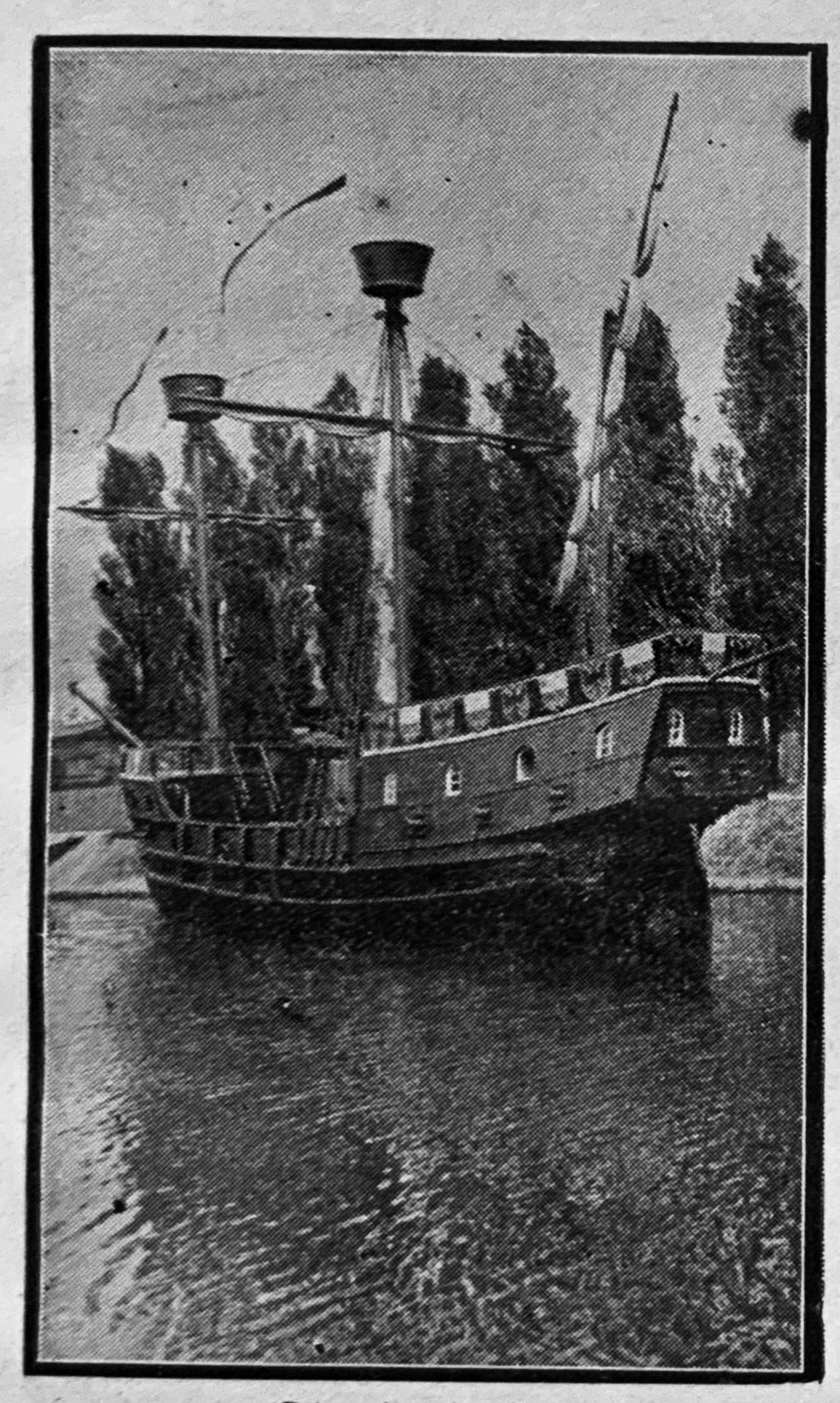
# III. Abschnitt: Bom Juni 1926 bis zum März 1933

Am 20. Juni scheiterte der von der Stimmen. Auch in Lübeck blieben sie mit Linken betriebene Bolksentscheid wegen der Fürstenabfindung. Die Sozialdemokraten übertrafen in ihrer ekelhaften Propaganda sogar noch die Kommunisten. Die Linke und ihre Freunde erhielten nur 36 Prozent der

2500 Stimmen unter der Hälfte.

Die Folgen der letzten Senatswahlen.

Das Strafgericht über die beiden neuen Senatsmitglieder, die direkt und indirekt gegen Dr. Neumann waren, blieb, wie auch schon kurz erwähnt, nicht aus. Der Vorstand der Wirtschaftspartei schloß Dr. Geister einsstimmig aus und ebenso seine Helser in der Bürgerschaft. (Es lagen aber bereits Außetrittserklärungen vor.) Sbenso wurden die vier Männer wenige Tage darauf von dem Grundeigentümer Eerein niedergestimmt. Gegen sie stimmten 620, für sie 70 Grunds



Die Hansekogge.

besitzer. Die vier Männer gründeten einen neuen Grundbesitzer=Verein, der aber nie= mals irgendwelche Bedeutung erringen konnte. Endlich erklärte sich auch das Handwerk noch gegen Dr. Geister und seine Helser.

Trots der Abkehr aller Bürgerlichen von den drei Helsern Dr. Geisters, behielten diese ihr Mandat. Sie dachten nicht an eine Niederleaung

Der Schwindel, der mit der blutrünsti= gen Notverordnung beim Sturze mit Dr. Neumann betrieben worden war, wurde in= direft durch den preußischen Ministerpräsi= denten selbst zugegeben, der auf eine deutschnationale Anfrage erklärte, er habe niemals behauptet, daß diese Notverord= nung im Schreibtisch des Justizrates Claß

gefunden worden sei.

In der Bürgerschaftsstitzung am 28. Juni 1926 übten Dr. Fink und Prof. Breinig scharfe Kritik an der Schmäle-rung der Beamtenrechte durch die Linke. Dr. Leber warf hier Dr. Fink einen Meineid vor, als er als Beamter die Versassung besichwor. Dr. Wittern verlangte eine Aensderung der Versassung nach der Richtung, daß vollamtliche Senatsmitglieder nicht vom ersten Tage ihrer Tätigkeit an Pensionssansprüche an den Senat hätten, sondern erst nach vierjähriger Tätigkeit. Die Linke ging zunächst mit Lachen über diesen Antrag hinweg.

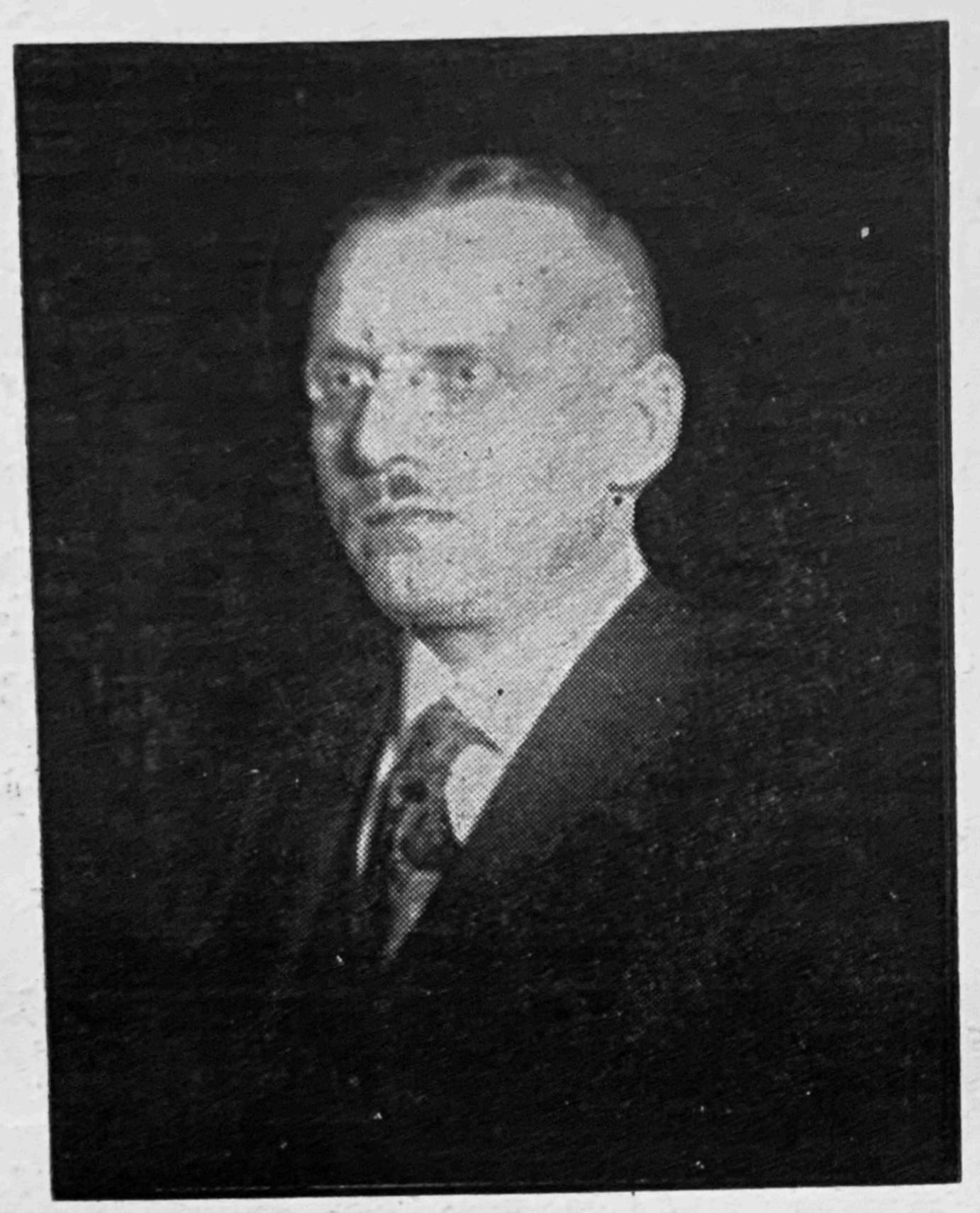
Von der

#### wachsenden Erwerbslosigkeit

in Lübeck gab eine Veröffentlichung am 20. August Aufklärung. Damals kamen auf je 1000 Einwohner immerhin erst 28,2 unter= stützte Erwerbslose, im ganzen Reiche im Durchschnitt aber nur 27,9. Am 7. Dezember bewilligte die Bürgerschaft abermals 800 000 RM. für Wohnungsbauten und 2 Millionen RM. zur Verstärkung des Abschnitts XIX des Haushaltungsplanes (nachträgliche Be= willigungen). Gleichzeitig wurde die Erwei= terung der Seefahrtschule beschlossen. Am 12. September feierte Schlutup die Ein= weihung seines Ehrenmales für die Gefal= lenen. Die Kommunisten zogen dabei unter Führung des bekannten Rosengart mit Trommel= und Pfeisenklang mitten durch die während der Weiherede um das Denk= mal versammelte Menge, in der sich auch die Angehörigen gefallener Helden befanden. Das war eine echt kommunistische Robbeit.

#### Der Hanseatische Volksbund.

Am 3. Oktober erschien ein Aufruf des sogenannten Buck-Ausschusses an die Be= völkerung, der für den gegründeten Hansea= tischen Volksbund warb. Am 14. November fanden die Bürgerschaftswahlen statt, die eine Abrechnung des Bürgertums mit der Linken und ihren Helfern werden sollte. Die Anregung zur Gründung dieses Volksbun= des ging mit von dem ehemaligen Bürgermeister Dr. Neumann fand in allen Kreisen und fie Bürgertums freudige Aufnahme. Der Hanseatische Volksbund sollte ein Sam= melbecken für alle nichtmarxistischen Wähler sein. Zu ihm bekannten sich auch viele demo= kratischen Wähler, die sich nach der Auf= deckung des Schachers um Senatsposten ent= rüstet von dieser Partei abgewendet hatten. Tatsächlich gelang es auch, von wenigen Splittergruppen abgesehen, eine einheitliche Wahlliste für die nichtmarxistischen Wähler aufzustellen.



Senator Dr. Kalkbrenner.

In jene Zeit fiel der erste Vorstoß der Beamtenschaft, Lübeck wieder in die Orts= klasse A zurückzuversetzen. Lübeck war bei der neuen Ortsklasseneinteilung infolge fal= scher Berechnungen der Miete usw. in die Ortsklasse B versetzt worden. Dieser Kampf zog sich viele Jahre hin, ohne daß ihm ein Erfolg beschieden war. Am Sonntag, dem 15. Oktober wurde die Ausstellungshalle am Holstentor, die Siebenhundertjahr= halle, durch eine Handwerksschau, die Lüha, feierlichst eröffnet. Am 9. November trat der Hanseatische Volksbund in einer Riesen= kundgebung im Kolosseum vor die Wähler. Hier rechnete Dr. Neumann noch einmal mit seinen Gegnern gründlich ab.

#### Die neuen Bürgerschaftswahlen.

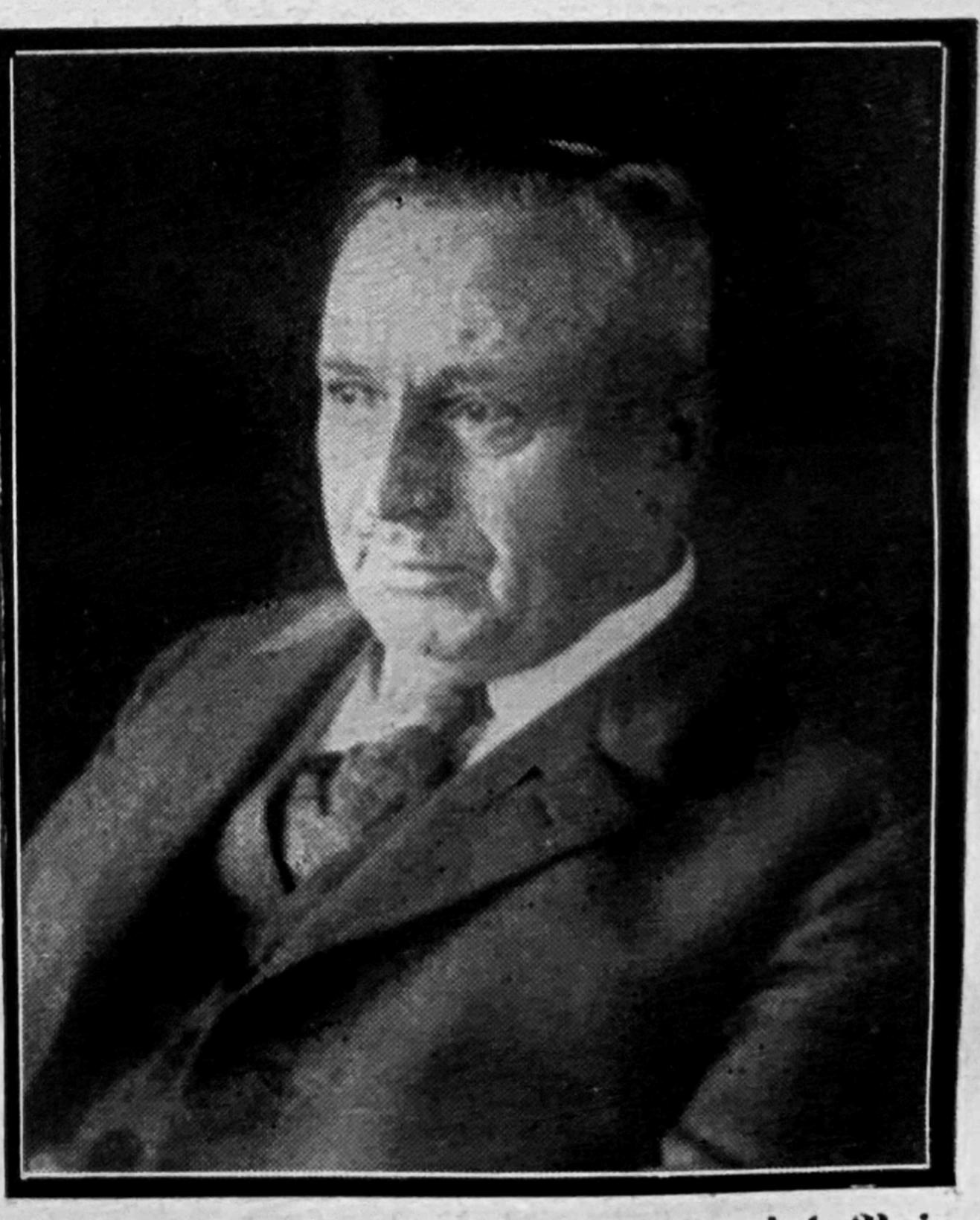
Die Wahlen am 14. November brachten den Sozialdemokraten 31 839 Stimmen, den Kommunisten 4726, den Demokraten 1719, der Sonderliste Dietrich, eben jener Haussbesitzer, die sich um die Helser von Dr. Geisster geschart hatten, 608 Stimmen, der Aufswertungspartei 866, dem Zentrum 681, dem Kanseatischen Bolksbund 32 940 und den Kriegsbeschädigten 638 Stimmen. Der Hansserische Bolksbund wurde so mit 36 Sitzen stärkste Fraktion. Die Sozialdemokraten brachten es nur auf 35 Sitze, die Kommusnisten auf 5, die Demokraten auf zwei und das Zentrum und die Auswertungspartei auf je einen Sitz.

Das Ziel, die linke Mehrheit zu beseiti= gen, war leider nicht erreicht. Denn Sozial= demokraten und Kommunisten allein stellten

40 Abgeordnete und hierzu kamen zum min= desten noch die beiden Demokraten. Der Jubel der Gegner war groß. Tatsächlich stießen aber bei der Wahl Präsidiums der Bürgerschaft neuen zu den Sozialdemokraten und Kommunisten noch alle drei Splittergruppen, so daß der Sozialdemokrat Ehlers mit 44 Stimmen wieder zum Wortführer gewählt wurde Hier brachen also die Sozialdemokraten mit dem ungeschriebenen Gesetz, daß der Wort= führer der jeweils stärksten Fraktion zuzu= fallen hat. Sie begründeten dies mit der Behauptung, daß der Hanseatische Volksbund ja gar keine einheitliche Fraktion sei. Für die beiden neuen Senatsmitglieder ergab sich die Tatsache, daß sie fast ohne eigenen Rück= halt in der Bürgerschaft waren. Zu ihnen standen in der Bürgerschaft auf bürgerlicher Seite nur 2 Demokraten. Dr. Geister war ganz vereinsamt, weswegen er sich später auch den Demofraten anschloß.

\*

Am 2. Dezember 1926 begann auch endslich der Weiterbau der Bäderbahn bis Neustadt. Im Dezember wurde dann vom Aeltestenausschuß der Bürgerschaft auch der Entwurf einer verschäft auch Geschäftsordnung vorgelegt. Die Kommunisten hatten die Bürgerschaftsvershandlungen immer mehr zu einem Theater gemacht und wirklich praktische Arbeit verschäftsvert. Dem sollte durch die neue Gesichäftsverlichäftsverliche Urbeit versichäftsverlichen Siegel vorgeschoben



Präses der Handelskammer Koniul Boie.

werden. Es lief aber noch viel Wasser die Trave hinab, ehe unter diese Vorlage der Schlußpunkt gesetzt werden konnte. Man wird den Verdacht nicht los, daß ihn die Sozialdemokraten mehr als Schreckschuß handhaben wollten. Sie brauchten ja oft die

kommunistischen Stimmen.

Interessant ist aus dem Jahre 1926 noch der Bericht der Lübecker Handelskammer, der eine Auswärtsbewegung der Konjunktur seststellte. Damals war der große Streik der Bergarbeiter in England gewesen, der die deutsche Wirtschaft vorwärtsbrachte. Allerzdings glaubte die Handelskammer in diesem Bericht auch vor einer Ueberschätzung dieser Wirtschaftsbelebung warnen zu müssen. In seinem Grundton aber lautete dieser Bericht recht optimistisch. Man sah den Weg nach oben. Wie schwer man sich in dieser Prognosen. Wie schwer man sich in dieser Prognosen geirrt hatte, das sollten die folgenden Jahre noch klar genug erweisen.

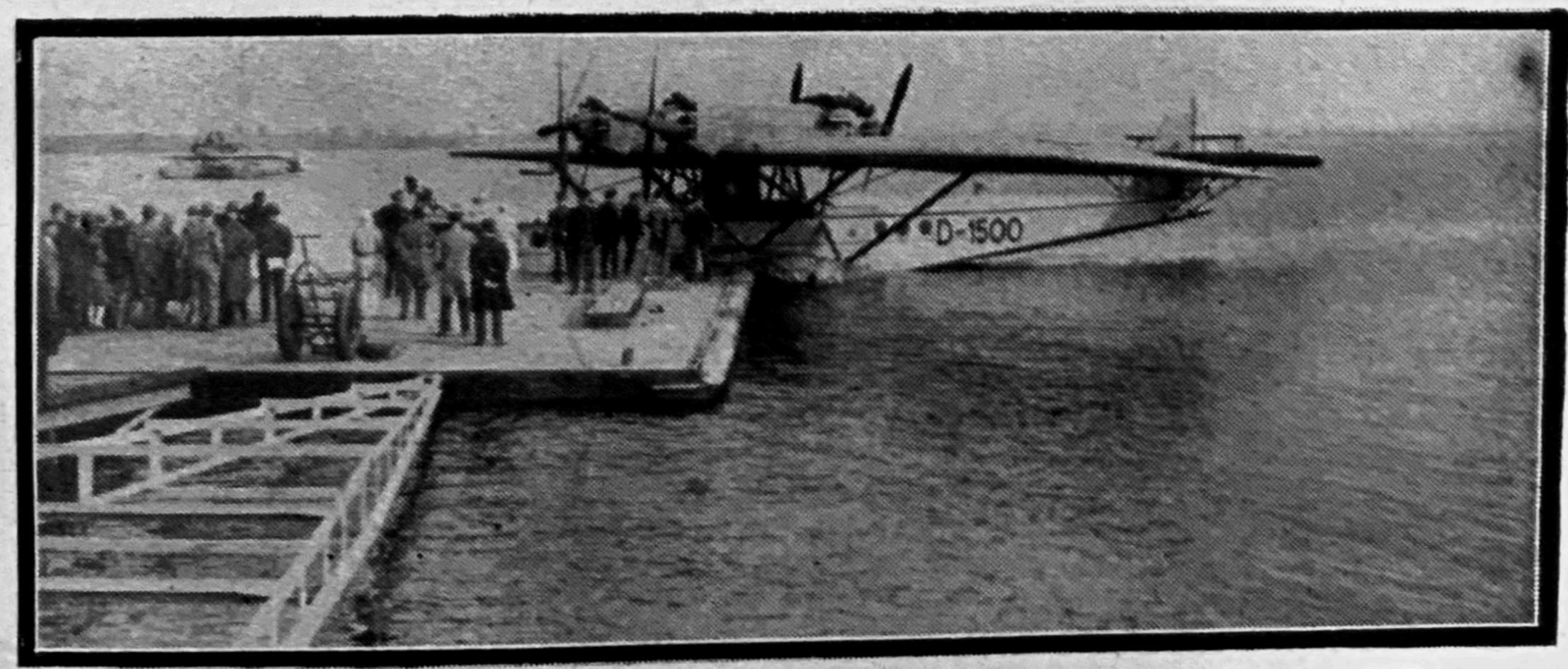
#### Das Jahr 1927.

Zu Beginn des neuen Jahres wurde die Hanse atische Flughasen A. = G., un= ter Beteiligung von Lübeck, Hamburg und

dem Reich, gegründet, die zu der groß= zügigen Anlage auf dem Priwall führte mit ihrer vorbildlichen Verbindung eines Wasserslughasens und eines Landflugplates. Kiel hatte sich vergeblich bemüht, diesen Plan zum Scheitern zu bringen, um selbst den kombinierten Wasser= und Landflugplatz zu erhalten.

Am 14. Januar wurde weiter die Autobus=Linie Lübeck—Kurau— Ahrensbök eröffnet. Da inzwischen in= folge der ungünstigen Entwicklung der Finanzen des Staates wieder Geld knapp geworden war, beschloß man im Februar eine Fünf-Millionen-Anleihe. Die Ansätze des Haushaltsplanes für 1926 muß= ten um 3 274 910 MM. verstärkt werden und gleichzeitig sollten dem Abschnitt XIX (Nachträgliche Bewilligungen) weitere fünf Millionen RM. zugeführt werden, so daß dieser Abschnitt insgesamt mit 8 Millionen RM. dotiert wurde, Hiergegen wandte sich in der Bürgerschaft besonders scharf der Ver= treter des Hanseatischen Volksbundes Stol= terfoht. Er forderte eine genauere An= gabe des Bedarfs der einzelnen Behörden.





Oben: Halle und Absertigungsgebände von der Pötenitzer Wiek gesehen. Unten: Dornier=Superwal beim Anlegen im Seeilughafen Lübeck=Travemünde.

Wie 1814 die Freiheitskämpfer ihre geweihten Fahnen auf dem Altar der Marienkirche niederlegten, um sie dauernd in die Obhut der Ratskirche zu geben, und 1920 die Fahnen des ruhmreichen Regiments Lübeck hier deponiert wurden, so wurde am 30. Januar auch die Fahne des Lübecker Kontingents von 1866 der Kirche übergeben. Zehn Beteranen folgten der Fahne

noch zur Kirche.

Am 2. Februar stimmte auch die Hamsburger Bürgerschaft dem Wasserslughasen auf dem Priwall zu und bewilligte die auf Hamburg entfallenden Baubeträge. Am 7. Februar wurde die Erweiterung der Siedslung karlshof beschlossen. Die Oberschulbehörde teilte im Februar mit, daß sie den Abbau der v. Großheimschen Realschule verfügt habe, daß weiter das Lyzeum am Falkenplatz zum Oberlyzeum und daß das Realgymnasium am Katharineum in eine Realschule umgewandelt werden solle, Pläne, die später von der Bürgerschaft auch gutgeheißen wurden.

#### Wachsende Finanznot Lübecks und Ber= waltungsreformversuche.

Der am 7. März umgeteilte Entwurf des Haushaltsplanes für 1927=28 zeigte ein Anwachsen der Ausgaben um rund 6½ Millionen Mark, so daß

#### der errechnete Fehlbetrag die nette Summe von 3 884 648 RM.

ergab. Allein für Wohlfahrtszwecke mußte der Etat um 3,2 Millionen RM. erhöht werden. Der Gewinnanteil des Staates an den Städtischen Betrieben war auf 3 Millionen RM. erhöht. Die Zahl der männlichen Er= werbslosen war auf 6408 angewachsen. Ueber die weiblichen Arbeitslosen wurde keine Zahl veröffentlicht. Der nächsten Bürger= schaftsversammlung lag der Antrag vor, statt der bewilligten 6=Millionen=Anleihe eine solche von 10 Millionen zu beschließen. Senator Dr. Kalkbrenner gab in der Sitzung der Bürgerschaft vom 21. März ein Bild der Finanzen Lübecks, das wenig erfreulich aussah. 1924 hatte man noch einen Ueber= schuß von 900 000 RM. im Haushalt gehabt. 1925 war ein Defisit von 2,4 Millionen eingetreten. 1926 statt des geschätzten Defi= zits von 1,9 Millionen ein tatsächliches von 6 Millionen und 1927 schon ein geschätz= tes Defizit von 4,4 Millionen RM. Es hieße, so meinte er, Bogel=Strauß=Politif treiben, wenn man nicht klar aussprechen würde, daß der bisherige Weg nicht weiter ortgesetst werden dürfe, son= dern daß jede Behörde auf das sparsamste zu wirtschaften habe. Reserven seien in dem Haushalt nicht mehr enthalten, wohl aber drohten neue erheb= liche Mehrausgaben, die noch nicht berück= sichtigt seien.

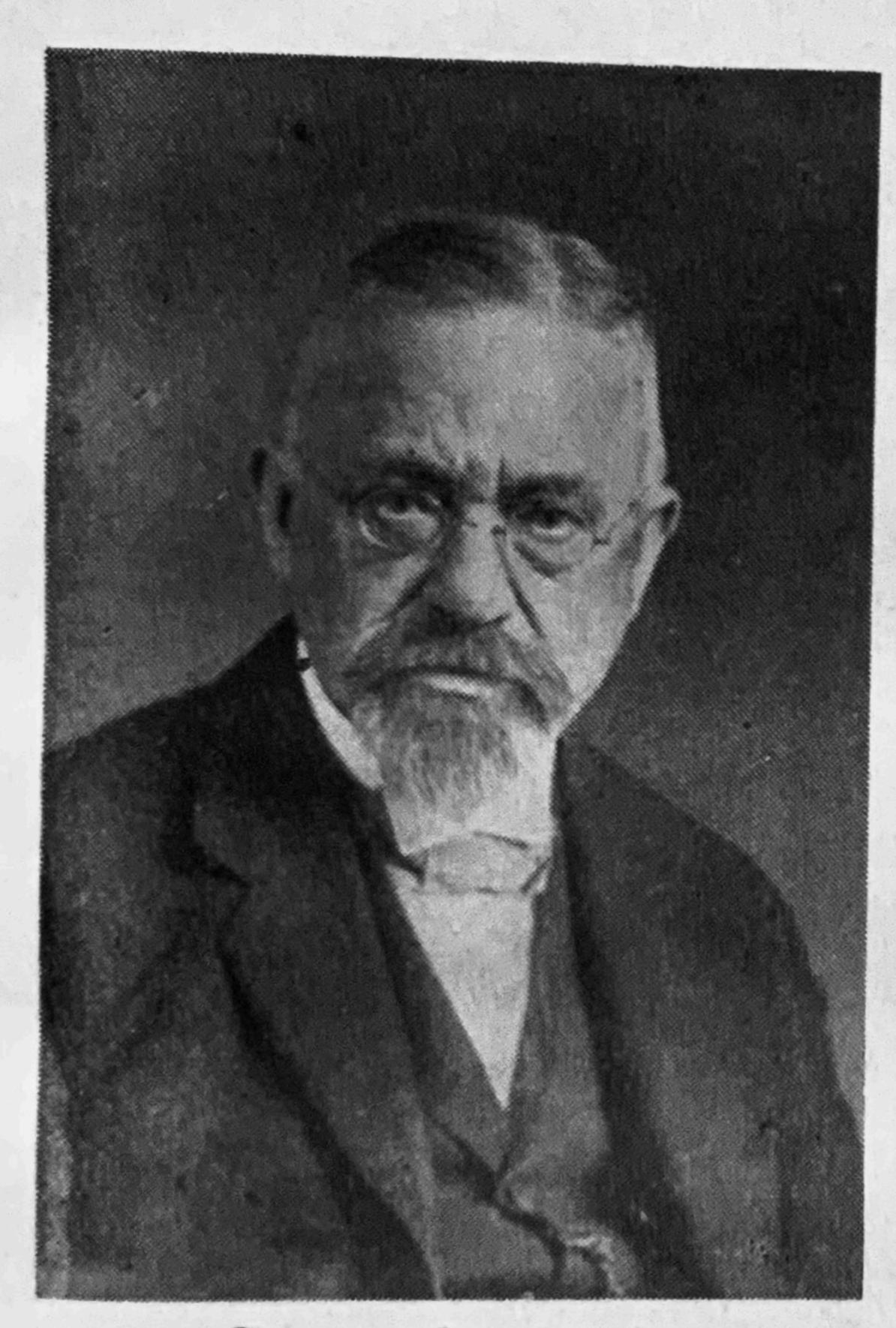
Daß unter diesen Umständen die Bersschuldung Lübecks lawinenartig ansichwoll, darf nicht wundernehmen. Allein die Gehaltsausgaben waren wieder um 600 000 RM angeschwollen und ersorderten nun 11,6 Millionen RM. Dabei war der Besharrungszustand noch nicht erreicht. Unter den angefündigten Arbeiten befand sich auch der Brücken bau von der Mariensstraße über den Stadtgraben, ein Bau, der erst nach der nationalen Erhebung zur Ausführung gebracht worden ist. Diese angefündigten Bauten sollten weitere 1½ Millionen RM. kosten.

Infolge neuer Ausgaben zeigte der Etat für 1927=28 bei der Verabschiedung schon einen Fehlbetrag von 4,4 Millio=nen RM. bei Einnahmen in Höhen von rund 31 Millionen.

Unter dem Drucke dieser Finanzlage be= schäftigte man sich mit einer Berwal= tungsre'form. Man hatte ja auch einen Vereinfachungsausschuß eingesetzt. Diesem Ausschuß erging es mitunter nicht gut. Wenn er Ersparnisse vorschlug, be= schwerte sich die betreffende Behörde beim Senat und bekam dann meistens recht. Der Senat rechnete es dem Ausschuß schon als Verdienst an, daß er eine weitere Vermeh= rung der Zahl der Beamten "hintangehal= ten" habe. Das "Hintanhalten" der Vermehrung der Beamten schien der Senat, wie wir damals schon betonten, als das Aund Deiner Verwaltungsreform zu betrach= ten. So brachte die Verwaltungsreformvor= lage des Senats lediglich eine andere Zu= sammenfassung der Behörden, Vereinfachung der Kassenverwaltung usw. Auch dem Senat erschien das Ergebnis dieser Reform diem= lich gering zu sein, weshalb er betonte, daß dies bloß der Anfang der Reform sei. Nur von einer Verminderung der Ausgaben im Senat selbst wollte er nichts wissen. Das Ende vom Liede dieser "großartigen Ber= waltungsreformvorlage" war, daß sie auf Antrag der Linken, wofür auch die Demo= fraten stimmten, an einen gemeinsamen Aus= schuß verwiesen werden sollte.

Dazu war aber erst ein entsprechender Antrag des Senates notwendig, der in der Bürgerschaftssitzung vom 9. Mai zur De= batte stand. Hier gelang es, diesen Antrag zu Fall zu bringen. Das war besonders das Verdienst des Sprechers des HBB., Rechts= anwalt Dr. Gört, der betonte, daß es ver= fassungsmäßig ein Unding sei, einen Antrag des Senates an einen gemeinsamen Aus= schuß zu verweisen. Für eine solche Prüfung sei allein die Bürgerschaft zuständig, selbstverständlich die Senatsmitglieder im Ausschuß immer für ihren eigenen Antrag sich einsetzen würden. So fiel der Senats= antrag mit 37 gegen 36 Stimmen, obgleich mit den Sozialdemokraten die vier Mitglie= der der aus Demokraten, Zentrum und Auf= wertler gebildeten Arbeitsgemeinschaft für den Senatsantrag stimmten.

Senator Dr. Stooß, der schon im Ruhestand sich besand, verstarb am 12. Festruar, während der Bürgermeister a. D. Dr. Fehl ing plötlich am Abend seines 80. Geburtstages (3. August) verschied. Zwei Männer traten so von der Bühne ab, die ihr Lebenlang in Treue dem Staate gedient hatten.



Senator Dr. Stoof.

Am 15. Mai wurden in Lübeck die Ein= bahnstraßen eingeführt. Das war ange= sichts der sich häusenden schweren Verkehrs= unglücke infolge des gesteigerten Autover= kehrs eine dringende Notwendigkeit. Da= mals sprach man viel von optischen Sig= nalen, die noch eingeführt werden sollten. Aus dieser Sache ist aber bis heutigen Tages nichts geworden, wie auch heute noch die Straßenbahn an verschiedenen Stellen direkt gegen den Verkehr anfährt. Die Eingliede= rung der Straßenbahnen in den Einbahn= straßenverkehr scheiterte an der Kostenfrage.

Einen Sieg über die Sozialdemokraten errang der HBB, bei dem Gesetz betr. das Fach = und Fortbildungsschul=

wesen. Hier wollten die Sozialdemokraten im Schulvorstand die gleiche Zahl der Verstreter der Gemeinwirtschaft und der freien Wirtschaft haben, obgleich den Lehrlingen der freien Wirtschaft von insgesamt 5000 nur 50 der Gemeinwirtschaft gegenüberstanden. Diese Vorlage siel mit Stimmengleichheit.

Die Borlage betr. Müllabfuhr A.=G. wurde am 11. Juli von der Bürgerschaft endgültig angenommen. Dadurch wurde das Müllabsuhrwesen in Lübeck auf moderne Grundlage gestellt. In derselben Sitzung besantragte übrigens auch der Kommunist Klann, den Sechsstundenarbeitstag für die Insassen der Strafanstalt Lauerhof und Besahlung nach Tarislohn. (Wie viele Male freier Ausgang der Gefängnisinsassen geswünscht wurde, ist uns nicht mehr erinnerslich.) Daß sein Antrag angenommen werden würde, hatte Klann natürlich selbst nicht geglaubt.

Gin Bankstandal.

Am 21. Juli stellte der Vorstand der Lübecker Areditbank e. G. m. b. H. dem Auf= sichtsrat seine Aemter zur Verfügung. Der "schwarze Freitag" war infolge starker Spe= kulationen der Vorstandsmitglieder und an= derer Angestellten der Bank zum Verhäng= nis geworden. Der angerichtete Schaden ging in die Hunderttausende, wofür die Genossen gerade zu stehen hatten. Die Bank konnte sich auch nur wieder sanieren, weil sie in den rund 4000 sogenannten Papiergeldgenossen eine starke Reserve hatte. In der Inflations= zeit hatte die Bank gegen Zahlung von bis zu 100 000 Papiermark neue Genossen worben, denen nach der Umwandlung in Festmark mitgeteilt worden war, daß ihre Einzahlung auf 1 Goldmark "aufgewertet" worden sei, daß man ihnen aber 30 Gold= mark gut schreiben würde, wenn sie noch wei= tere 25 Goldmark einzahlten. Nur wenige von den 4000 Papiermark-Genossen werden die 25 Goldmark gezahlt haben. Fast alle rea= gierten auf die Mitteilung der Bank nicht. Sie hielten sich nun völlig frei von allen Verpflichtungen, da in dem Schreiben aus= drücklich vermerkt war, daß sie bei Nichtein= zahlung der 25 RM. wieder in der Ge= nossenschaftsliste gestrichen werden würden. Diese Streichung aber versäumte die Bank, so daß bei dem eingeleiteten Vergleichsver= fahren rund 4000 Papiermarkgenossen nach= träglich noch den Geschäftsanteil zahlen muß= ten, der von der Generalversammlung von 300 auf 400 RM. erhöht worden war. 260 RM. gingen hiervon sofort verloren. Das traf rund 6000 Genossen. In späteren Jah= ren gingen von dem Rest von 140 RM. noch= mals 80 RM. verloren, nämlich als die in= folge Mangels an Kunden nicht mehr ren= tabel arbeitende Bank von der Lübecker Areditanstalt übernommen wurde.

Die schuldigen Direktoren und ein Auf= sichtsratsmitglied wurden unter Anklage gestellt und zu Strafen bis zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Sie kamen also sämtlich recht glimpflich davon angesichts des ungeheuren Schadens, den sie durch ihre Spekulationen angerichtet hatten. Der indirekte Schaden war noch viel größer. Denn eben war das Vertrauen der Sparer nach der Inflation wieder zurückgekehrt, da erlebten sie diesen neuen Schlag. Das mußte auch Rückwirkungen auf die übrigen Banken, besonders die Lübecker Lokalbanken, haben.

Am 18. September 1927 fand in Lübeck unter Teilnahme von Tausenden von Mit=

gliedern ein

#### Stahlhelmtag der Rordmark

statt. Wie diese Veranstaltung der Linken unangenehm gewesen war, bewies ein von den Kommunisten mit Unterstützung der Sozialdemokraten vertretener Dringlich= keitsantrag an den Senat, den Stahlhelm= tag zu verbieten. Die Bürgerschaft verneinte aber mit Stimmengleichheit die Dringlichkeit dieses Antrages und bei einer Wiederholung der Abstimmung sogar mit 36 gegen 34 Stimmen, weil hier nun auch die Arbeits= gemeinschaft doch einmal gegen die Linke stimmte. Der Antrag hätte also erst in einer neuen Sitzung der Bürgerschaft beraten wer= den dürfen, aber inzwischen fand der Stahl= helmtag statt und hatte einen glänzenden Erfolg.

Bundesführer Seldte traf in Lübeck ein und wurde seitlich empfangen. Er sprach unter stürmischem Beisall abends im Hinzbenburghause und im Kolosseum über die Sendung des Stahlhelms. Die Beteiligung der Stahlhelmer an dieser Lübecker Tagung war derart stark, daß kein politischer Gegner is wagte, die imposanten Umzüge des Stahlsbelms zu stören.

# Lübeck und die Reichstesorm.

In diesen Tagen wurde auch zum ersten Male die Stellung der Hansestädte im fünf= tigen Einheitsstaat ausführlich behandelt. Prominente Lübecker Kreise gründeten spä= ter die "Bereinigung Hamburg= Lübeck", der auch in Hamburg viele Män= ner der Politik und Wirtschaft angehörten. Der Zweck war der, Hamburg und Lübeck miteinander zu verbinden. Es sollte ein neues Land Hamburg=Lübeck gegründet wer= den. Wie die Sache zuerst propagiert wurde, hatte der Gedanke auch viel für sich. Lübeck jollte zum Ostjeehafen Hamburgs gemacht werden, wenigstens glaubten das damals die Lübecker Freunde dieser Anschlußbewe= gung. Bestimmte Zusicherungen waren aber niemals von Hamburg in dieser Hinsicht zu erreichen. Lübeck jollte erst einmal den An= schluß vornehmen und dann würde sich alles



Stahlhelmführer Selbte in Lübed.

weitere finden, meinten die Hamburger. Es erscheint uns zweckmäßig, hier gleich den Gang dieser Bestrebungen bis zur natio=

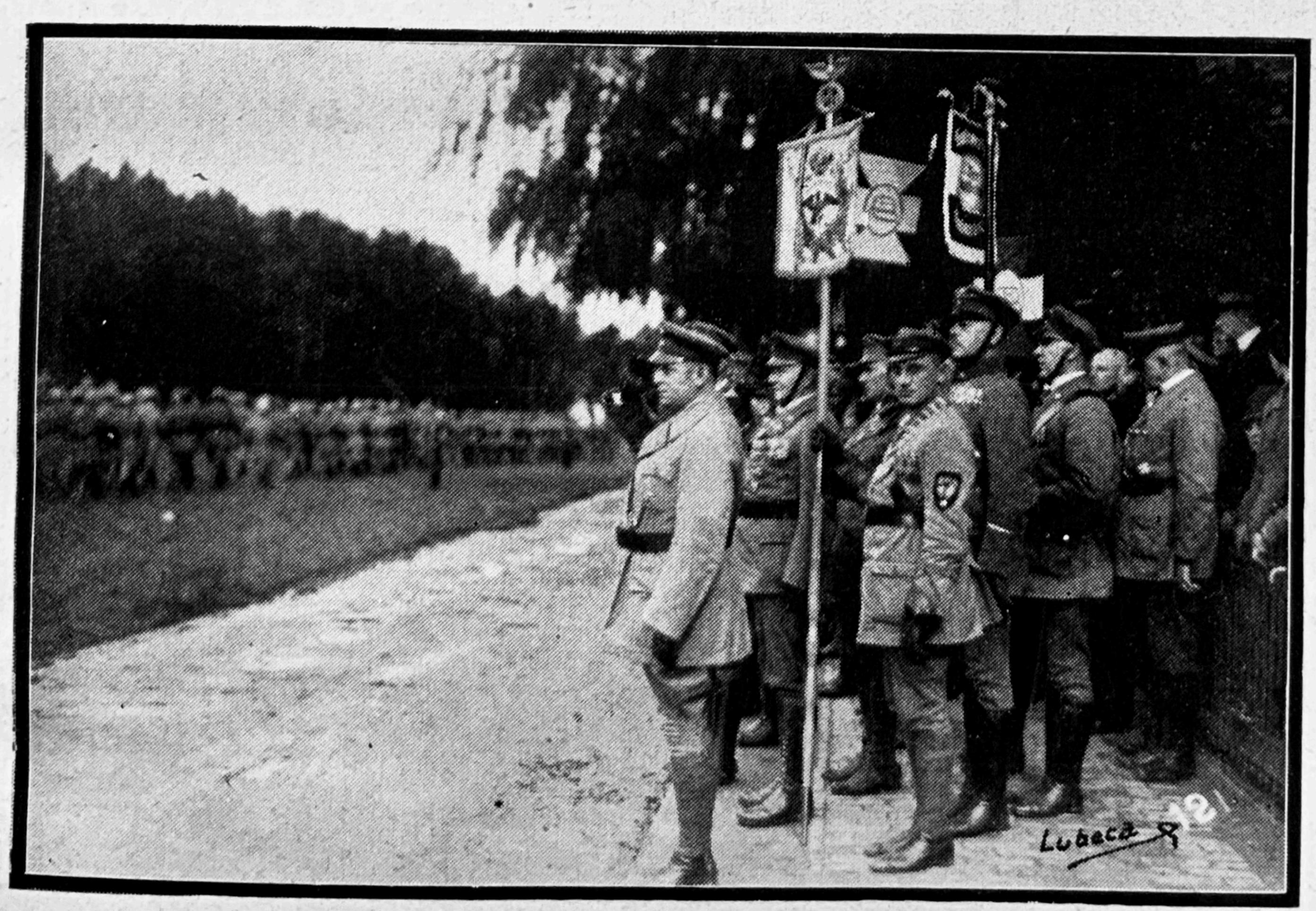
nalen Erhebung zu verfolgen.

Im Jahre 1928 gab die bekannte Luther= sche Denkschrift über die kommende Reichs= gestaltung erneuten Anlaß zu einer eifrigen Diskussion der Frage der Selbständigkeit Lübecks. Luther wollte wohl Hamburg und Bremen, nicht aber Lübeck die Selbständig= keit lassen. Die Idee Hamburg=Lübeck ge= wann so neue Anhänger. Inzwischen nahm aber auch die Berliner Presse zu der Frage Hamburg=Lübeck Stellung. Im "Berl. Tage= blatt" erschien ein Artikel, der sich für einen Anschluß von Lübeck an Schleswig-Holstein, also Preußen, einsetzte. Hamburger Blätter antworteten. Lübeck war plötslich zu einem begehrenswerten Objeft geworden. Kurz vorher waren die Ver= handlungen mit Hamburg wegen Schaffung eines gemeinsamen Seegrenzschlachthofes für Hamburg und Lübeck in Lübeck geschei= tert, was in Lübeck etwas verschnupfte. Man las nun in dem "Hamburger Fremdenblatt", daß bei einer schon bestehenden festen Bin= dung dem Lübecker Wunsche wohl ent= sprochen worden wäre. So aber konnte Ham= burg nicht anders handeln, als selbst einen Seegrenzschlachthof zu bauen, ein Beschluß, der übrigens Hamburg später genau so wie Lübeck schwere finanzielle Einbußen bringen

sollte. Denn die Tage der Seegrenzschlacht=

höfe waren gezählt.

Man las in Hamburger Blättern, in Hamburg denke kein Mensch daran, daß Lübeck in Hamburg aufgehen sollte. Man trete im Gegenteil in Hamburg auf das Nachdrücklichste dafür ein, daß Lübeck auch in kinem neu gegliederten Reiche als hansea= tischer Exponent an der Ostsee neben Ham= burg und neben Bremen seine autonome Stellung bewahre. Im Jahre 1929 wurden Staatsverträge zwischen Ham= burg und Lübeck abgeschlossen, die unzweifelhaft den Interessen beider Länder dienten. Einmal wurde die Heilanstalt Strecknitz auf Kosten Hamburgs erheblich erweitert, um diese An= stalt auch für die Hamburger Kranken nut= bar zu machen und zum andern wurde die Gefängnisgemeinschaft zwischen Hamburg und Lübeck Tatsache, die not= wendig geworden war, um bei den neuen reichsgesetzlichen Vorschriften über den Strafvollzug die vorhandenen Gefängnisse richtig ausnutzen zu können. Fast gleich= zeitig wurden auch sehr schnell fahrende Züge zwischen Hamburg und Lübeck eingelegt, die H-L=Züge, die infolge von Subven= tionen des Hamburger und des Lübecker Staates den Fahrgästen ohne Schnellzugs= zuschlag zur Verfügung standen. Den ge= schäftlichen Hauptvorteil von dieser Ein=

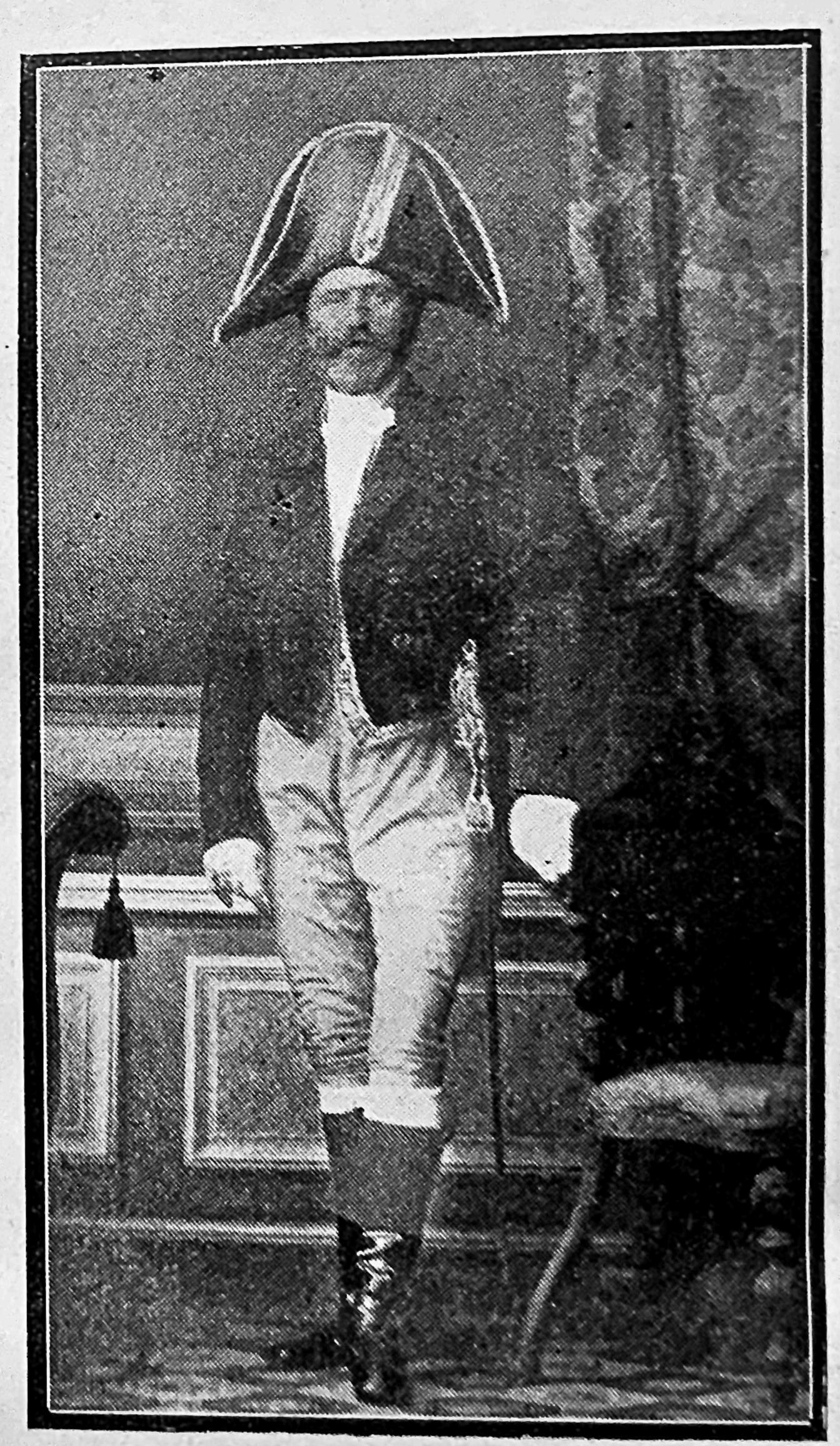


Seldte nimmt die Parade auf dem Burgfeld ab.

richtung dürfte allerdings Hamburg gehabt Haben.

Im Juli 1929 wurde in einem Rund= funkvortrag von Dr. Timm die Frage Hamburg—Lübeck wieder aufgenom= men. Er bezeichnete den Hanseatischen Flug= hafen, die Heilanstalt, die Gefängnisgem in= schaft und die H-L-Z-Züge als Ergebnisse praktischer Zusammenarbeit. Er sprach dann von weiteren Lübecker Wünschen, die darauf hinausliesen, daß Hamburger Verkehrs= unternehmungen Lübeck als Ostsee= hafen Hamburgs betrachten müßten und daß durch die Ausgestaltung der Eisen= bahnverbindungen Lübeck wie jeder andere Vorort von Hamburg zur Wohnstätte von Hamburgern werden könnte. Später wurde auch noch auf die Möglichkeit der Ansiedlung von Industrieunternehmungen Hamburgs in Lübeck an der Untertrave hingewiesen. So schien alles darauf hindudeuten, daß die Ge= sellschaft Hamburg=Lübeck noch ihr Ziel, nämlich den Zusammenschluß von Hamburg und. Lübeck zu einem Staatsgebiet erreichen würde, da namentlich auch die Linke diesen Gedanken sehr propagierte und die Senate bereits direkte Verhandlungen aufgenommen hatten. Im Jahre 1930 aber kam der Um= schwung der Stimmung.

Von Hamburg lagen überhaupt keine bindenden Versprechungen bezüglich der wirtschaftlichen Forderungen Lübecks vor. Wir sollten uns — wie gesagt — zunächst fest binden. Dazu aber hatten wir keine Lust. In einer Versammlung der Gesell= schaft Hamburg=Lübeck wurde ein vorläufi= ger Staatsvertragsentwurf vorgelegt, der Lübeck überhaupt keinen maßgeblichen Ein= fliß im kommenden Staatsgebilde gewährt hätte. Weder im gemeinsamen Senat noch in der gemeinsamen Bürgerschaft, denn Lübeck sollten, entsprechend seiner Bevölkerung, nur zwei Senatssitze von 16 oder 18 frei gemacht werden und von den 160 Mitgliedern der gemeinsamen Bürgerschaft sollte Lübeck etwa 16—20 Mitglieder stellen. Man kann sich vorstellen, wie dann die Abstimmungen in dem gemeinsamen Senat und in der gemeinsamen Bürgerschaft ausgesehen hät= ten, wenn Lübecker Interessen gewahrt wer= den sollten. Hamburg hätte über Lübeck nach Gutdünken verfügen können. Schon im Frühjahr 1931 hatten wir die wirtschaftlichen For= derungen Lübecks energisch angemel= det, indem wir von bindenden Ber= pflichtungen Hamburgs alles weitere ab= hängig machten. Diese bindenden Erklärun= gen blieben auch weiter aus. Im Februar 1931 konnte man die Gefahr einer Ueber= rumpelung der Lübecker Bevölkerung durch die linken Anschlußfreunde erkennen. Wir schrieben damals einen Artikel "Lübeck im neuen Reiche!", der mit Nachdruck auf diese Gesahr der Ueberrumpelung hinwies und den bisherigen Bestrebungen nach dieser Richtung offen Kampf ansagte. Es waren Hamburger Aeußerungen bekannt geworden, daß man der Privatwirt= schaft natürlich keine Vorschrif= ten machen könne, und daß man in Lübeck abwarten müßte, wie die Dinge gin= gen. Wir wiesen damals auf die Bemühun= gen Preußens hin, Lübeck in ein neues Land einzugliedern, und verlangten von dem Senat, daß er auch hier Beziehungen aufneh= men müsse.



Die alte Tracht der Lübecker Ratsdiener.

Zwei Tage darauf wurde die Lübecker Gesellschaft für Reichsresormfragen gegrünstet, die Fühlung mit Preußen und Mecklenburg aufnahm, mit dem Jiele der Schaffung einer Prosvinz Nordmark. Es konnte sich natürslich auch hier nur um völlig unverbindliche Erörterungen handeln. Im Sommer versöffentlichte Dr. BiermannsRatjen, Hamburg, einen Artikel, in der Hamburgs Absichten

bezüglich Lübecks etwas klarer umrissen wurden. Hamburg wollte Lübeck zu einer Kulturinsel Hamburgs machen. Hier follte unter Umständen auch die Hamburger Universität kommen. Nun ginsgen auch den letzten Freunden der Anschlußsbewegung die Augen auf. Die Hamburger Anschlußfrage war damit praktisch abgetan.

Doch nun zurück zum Jahre 1927. Der Senat hatte sich mit der Neuvrdnung der Lübecker Verwaltung nach dem verunglückten Antrage auf Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses reichlich Zeit gelassen. Erst im Oktober erfuhr die Bürgerschaft wie= der etwas vom Senat über diese Vorlage. Der Senat erklärte hier, daß er eigentlich schon durch die Aufnahme des Antrages auf Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses seine erste Vorlage zurückgezogen hätte, eine Behauptung, die nicht zutraf. Er verlangte nun die Einsetzung eines gemeinsamen Aus= schusses, nachdem er formell seine alte Vor= lage als erledigt erklärt hatte. Die Ein= setzung dieses gemeinsamen Ausschusses wurde beschlossen.

Am 24. Oktober wurde der von den Sozialdemokraten geplanten Errichtung

eines

#### Theodor=Schwartz-Erholungsheimes e. V. Brodten=Lübeck

augestimmt und hierzu ein unverzinsliches, unkündbares Darlehen von 30 000 RM. geswährt. Auch hieran sollte sich später noch ein Skandal knüpfen. Die Sozialdemokrasten hatten eben mit ihren Gründungen wirkslich kein Glück.

Am 15. November konnte im Hanse= atischen Flughafen Lübeck= Trave= münde der kombinierte See= und Land= flugverkehr eröffnet werden. Am 6. Dezem= ber wurde die Finanzbehörde ermächtigt, eine Anleihe bis zu 22 Millionen Mark aufzunehmen und für die Gold= pfandbriefe der gegründeten Lübecker Hppothekenbank bis zum Höchstbe= trage von 20 Millionen RM. die Zins= garantie zu übernehmen. Ebenso wurde die Herstellung einer zweiten Durch= ahrt durch das Burgtor be= ch lossen. Mit dem Jahresschlusse verließ Dr. Link, der erste Beamte der Behörde für Arbeit und Wohlfahrt, Lübeck, um Prä= lident des Landesarbeitsamtes Niedersachsen mit dem Sitz in Hannover zu werden. Das war letzten Endes der Abschluß eines Zwi= schenfalles in der Bürgerschaft, den der Kommunist Klann verschuldet hatte. Dieser warf Dr. Link Lüge vor, ohne daß Dr. Link wegen dieses Zurufes den notwendigen Schutz erhielt. Erst auf Drängen von Dr. Link befaßte sich der Aeltestenausschuß Mo= nate danach mit dieser Angelegenheit, ver= nahm andere Beamte der Behörde und schlug

nun endlich vor, die Immunität von Klann aufzuheben, um ihn zur Rechenschaft ziehen zu können. Daß diese Behandlung durch die Linke des Hauses Dr. Link schwer verletzen mußte, ist klar.

#### Das Jahr 1928.

Am 12. Januar ging eine Trauerbotsichaft durch Lübeck. Dr.-Ing. h. c. Bernhard Dräger verstarb im Alter von nur 58 Jahren. Er hatte mit seinem Vater zusamsmen das Werk geschaffen, das in der ganzen Welt mit seinen Sauerstoffapparaten bestannt war. Sine Reihe der besten Erfindunsgen waren sein Werk. Er entwickelte auch die Gasschutztechnif zu neuen Formen.

Einen "großen Erfolg" erzielten zu Be= ginn dieses Jahres die Kommunisten. Bis= her waren die Ratsdiener in ihrer histori= schen Unisorm in der Sitzung erschienen. Der Degen, der zu dieser Unisorm gehörte, war den Kommunisten immer ein "Dorn im Auge" gewesen. Denn an dem roten Frack, den goldgelben Hosen und den schwarzen Stiefeln konnten sie doch keinen Anstoß neh= men. Roch viel weniger die Sozialdemokra= ten, denn schließlich waren — wie wir schon damals schrieben — es ja die neuen Farben des Reiches, wenn auch etwas durcheinander= gebracht. Der Senat trug den Antipathien der Kommunisten Rechnung und ließ die Ratsdiener in blauer Uniform ohne Degen antreten.

Die erste Bürgerschaftssitzung im neuen Jahre bewilligte 689 995 RM. für den be= kannten Abschnitt XIX des Haushaltspla= nes (Machträgliche Bewilligungen) und gleich zwei weitere Millionen, um bis zum Rest des Jahres auch sicher auszukommen. Für den Umbauder Oberrealschule wurden 122 300 RM. bewilligt, für den wei= teren Ausbau des Flughafens 50 000 MM. und endlich wurde auch das neue Berufs= und Fachschulwesen= gesetz angenommen, nachdem die Linke ihre Ansprüche auf Vertretung im Schulvorstand für die Gemeinwirtschaft auf das Verhältnis von 3:1 zur Privatwirtschaft zurückgeschraubt hatte. Ursprünglich wollten sie bekanntlich eine gleich starke Vertretung für die Ge= meinwirtschaft.

# Die Sozialdemokraten erzwingen eine Senatswahl.

Am 20. Januar erschoß sich der sozials demokratische Senator Hoff, der Borssitzende der Behörde für Arbeit und Wohlsfahrt. Unzweiselhaft haben hierbei Differenszen mit der eigenen Partei auch eine wesentsliche Rolle gespielt. Um nun endlich Ernst mit der dringend notwendigen Verwaltungssresorm zu machen und dabei auch beim Seinat nicht stille zu stehen, schlugen wir vor, diesen Posten vorerst nicht wieder zu bes

setzen. Dr. Leber war anderer Ansicht. Er meldete sofort den Anspruch der Sozial= demokraten auf diesen Sitz an, weil sonst von sechs nur zwei vollamtliche Senatsmit= glieder Sozialdemokraten sein würden. Am 6. Februar aber starb auch Senator Dr. Vermehren, der verdienstvolle Leiter der Oberschulbehörde. Nun wurde von uns vorgeschlagen, auch diesen Posten vorerst nicht wieder zu besetzen. Damit konnte die Linke sich wohl zufrieden geben. Aber dort war schon der Anwärter für den Posten des



Dr.=Jug. h. c. Bernhard Dräger.

Senators Hoff gefunden. Ein solcher Se= natsposten wurde mit 18 000 RM. bezahlt.

Der HBB. stellte den Antrag, den Ar= tikel 8 der Lübeckischen Landesverfassung, der die Neuwahl für erledigte Senatsstellen binnen vier Wochen vorschreibt, durch fol= genden Zusatz abzuändern: Bis zur Be= schlußfassung von Senat und Bürgerschaft über die Anträge des 1927 eingesetzten ge= meinsamen Ausschusses zur Prüfung der Frage der Neuordnung der Berwaltung fin= det die Wiederbesetzung einer im Senat er= ledigten Stelle nicht statt, soweit es sich um die Erledigung von im ganzen nicht mehr als drei Senatsstellen handelt. Dieser An= trag war dem Volksboten offenbar sehr un=

angenehm. Er befürchtete eine Auswirkung auf die kommenden Wahlen. Und in der Tat hat keine der Handlungen der Sozialdemo= kratie im eigenen Lager jo wenig Verständ= nis gefunden, wie die doch durchgesetzte Wahl von Haut zum vollamtlichen Senatsmit= glied. Die Arbeiterschaft Lübecks ersah hier, daß ihre Führer nur gutbezahlte Posten haben wollten. Uns gingen damals gerade aus Arbeiterkreisen sehr viele Zuschriften zu, in denen der Empörung über dieje Hal= tung der sozialdemokratischen Fraktion scharfen Ausdruck gegeben wurde. In der Sitzung am 13. Februar wurde die Wahl von Haut in den Senat vollzogen. Haut erhielt 38 Stimmen, nämlich alle sozialdemo= kratischen Stimmen und die der Demokraten und des Zentrumsvertreters. Im übrigen wurden 40 weiße Zettel abgegeben.

Die Linke hatte ihren Willen durch= gesetzt, obwohl selbst Dr. Leber in dieser Sitzung die Notlage des Reiches und der Länder zugeben mußte. Der HBB. blieb bei seinem Antrag, nun wenigstens die andere Wahl, die Ersatzwahl für den bürgerlichen Senatsposten, auszusetzen. Er bewies damit, daß es ihm ernst war mit seinen Ersparnis= absichten. Dieser Antrag wurde von der

Bürgerschaft gutgeheißen.

Um diese Zeit entstanden für das Hin= denburghaus ernste Schwierig= keiten, die nur durch große Opfer der an dem Bau des großen Saales beteiligten Fir= men behoben werden konnten. Daß diese Opfer gebracht wurden, war ein Ruhmes= blatt für die beteiligten Firmen und des Landeskriegerverbandes. Die Sozialdemo= kraten hatten sich umsonst darauf gefreut, dieses große Etablissement für ihr Reichs= banner billig erwerben zu können. Mit be= sonderem Danke muß hier auch des Meck= lenburger Landeskriegerverbandes und des Preußischen Landeskriegerverbandes gedacht werden, die Gelder für das Hindenburghaus zur Verfügung gestellt hatten.

Am 28. Januar fand hier wie überall im Reiche eine große Kundgebung der Landwirtichaft gegen die zuneh= mende Not unter der Landbevölkerung statt. Man wandte sich in einer Entschließung gegen die hemmungslose Ausgabenwirt= schaft in Reich und Staat. Trotsdem erfolgte in Lübeck, wie schon erwähnt, die Wahl eines

neuen Senatsmitgliedes.

Einen schweren Verlust erlitten die nationalen Kreise Lübecks durch den plöts = lichen Tod des Generals der In= fanterie v. Morgen am 15. Februar. Er hatte sich mit seiner ganzen Persönlichkeit und Energie zur Verfügung gestellt, wenn es galt, nationale Belange zu vertreten.

#### Die Steuerlasten.

Damals in der Zeit der schwersten Rot kamen die Sozialdemokraten mit einem neuen unglaublichen Verlangen an die Finanzbehörde. Man wollte das Gewerksich aftshaus umbauen und erweitern und wollte sich die Sache sehr leicht machen. Der Vater Staat sollte ein unverzinsliches Darlehen von 600 000 RM. hergeben. Das mit hatten sie allerdings kein Glück. Aber schon das Verlangen der Linken war beszeichnend genug für ihre ganze Einstellung. Am Tage darauf fand in der 700-Jahrhalle eine imposante Protestunds



General der Inf. v. Morgen.

gebung der Lübecker Bevölke= rung gegen die übermäßigen Steuerlasten statt. Hier erfolgte eine scharfe Kritik der bisherigen Finanzpolitik des Reiches und der Länder. Von dem ge= samten Einkommen des deutschen Volkes in Höhe von 55 Milliarden beanspruchten Reich und Länder an Steuern nicht weniger als 20 Milliarden, die sozialen Abgaben nicht mitgerechnet. Lübeck solle Wirtschafts= und nicht Parteipolitik treiben. Besonders kriti= siert wurde das immer mehr überhandneh= mende Eingreifen der öffentlichen Hand in das Wirtschaftsleben. Es wurde u. a. in einer Entschließung eine sofortige durchgrei= fende Verwaltungsreform und eine Abkehr von der bisherigen Mode gefordert, Fehl=

beträge im Haushalt einfach auf Anleihemit= tel zu verweisen. Anleihen sollten nur noch für werbende Anlagen bewilligt werden.

#### Rene Steuern.

Wenige Tage später wurde der Haus= haltsplan für 1928 umgeteilt. Er schloß wie= der mit einem Fehlbetrage von 2,2 Millionen ab, wobei aber noch nicht die infolge Besoldungserhöhung notwendi= gen Mehrausgaben von 2370 000 RM. be= rücksichtigt waren. Hierfür sollten noch neue Steuern beschlossen werden. Also statt Steuerabbau drohten neue Steuern. In dem Etat waren die Ausgaben der Behörden für Arbeit und Wohlfahrt um rund 3 250 000 RM. niedriger eingesetzt, weil die Ausgaben für die Erwerbslosenunterstützung auf die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung fallen würden. Nach welcher Richtung sich die neuen Steuervorschläge bewegen sollten, wurde-bald klar. Der Senat kam mit einer Erhöhung der Gehalts= Lohnsummensteuer, der Einfüh= rung einer Wertzuwachs= einer Biersteuer, einer Er= höhung der Hundesteuer und der Städtischen Tarife. Allein durch die Erhöhung der Tarife rechnete man mit einer Mehreinnahme von 1 Million. Der Haus= haltsausschuß verringerte die letztgenannte Summe auf 900 000 RM. und ebenso hoch wurde der Ertrag der übrigen Steuern ein= gesetzt. So wurde schließlich der Etat mit einem Fehlbetrage von 2 163 729 RM. verab= schiedet. Da aber die neuen Steuern nur auf zusammen 1,8 Millionen geschätzt waren und die Beamtenbesoldung 2370 000 neue Aus= gaben bringen sollte, so kamen in Wahrheit zu diesem Fehlbetrage noch 570 000 RM. hinzu.

Am 7. März war die neue riesige Flugzeughalle in Travemünde eingeweiht worden. Daß der Hanseatische Flughasen nach Lübeck gekommen war, war ausschließliches Berdienst des bürgerslichen Senators Strack. Die Linke hatte hieran keinen Anteil. Bei der Etatsberastung wurde auch das Schrangenprosiekt ichen den beiden Schrangen) an einen Ausschuß verwiesen.

Gleichzeitig wurde ein neuer Syndikus für die Bürgerschaft gewählt. Dieser Posten wurde dem Demokraten Heinrich gegeben, der seinerzeit bei der Wahl von Echfoldt in den Senat so gut mitgeholsen hatte. Die Linke bewieß hier erneut, daß sie mit der Anerkennung geleisteter Dienste dann nicht spart, wenn es auf Kosten der Allgemeinheit geschehen konnte. In diese Zeit siel auch die Eröffnung der neuen Autobuslinie Lübeck-Utecht.

#### Der Tod von Bürgermeister a. D. Dr. Neumann.

Eine schlimme Osterbotschaft mußten wir im Jahre 1928 der Lübecker Enwohnerschaft mit= teilen. Bürgermeister a. D. Dr. Reumann erlag am Ostersonnabend einem Herzschlage. Noch am Tage vorher hatte der Volksbote wieder einen höchst gemeinen Angriff gegen die persönliche Ehre dieses Kämpfers ge= bracht. Vielleicht lag in der Aufregung über diese fortwährenden längst als Lügen fest= gestellten Verleumdungen die Ursache seines Hinscheidens. Das Bürgertum verlor mit ihm seinen anerkannten Führer im Kampfe gegen den Marxismus. Daß der Volksbote in seinem Nachruf die hohen Qualitäten dieses Mannes anerkannte und schrieb, daß man vor den toten Gegner in Achtung den Degen senke, war letzten Endes doch nur die eigene Brandmarkung der verlogenen Kampfesweise gegen diesen Mann, der für seine Vaterstadt stets das Beste erstrebt hatte. Ueberall wehten halbstock gesetzte Flaggen. Das Bürgertum wußte, daß mit ihm der beste Mann verloren worden war. Und in der Tat flaute allmählich der Kampf des HBB. gegen die Linke ab. Man ließ sich allzusehr auf Kompromisse ein, für die große Teile der Bürgerschaft, besonders die Jugend, kein Verständnis hatte.

#### Das Schrangenprojekt.

In der Sitzung der Bürgerschaft vom 30. April wurde die Beamtenbesol= dungsvorlage verabschiedet, die statt der angenommenen 2 350 000 RM. Mehraus= aaben 2620000 RM. beanspruchte. Eben= so wurde in dieser Sitzung das Schran= genprojekt genehmigt. Die Kosten des dem Staate gehörigen Mittelblocks, der nie= dergerissen werden mußte, sollten u. a. aufge= bracht werden durch Abgaben von Karstadt, durch eine Neubauabgabe an diesem künf= tigen Schmuckplatze und durch Bau eines neuen Gebäudes an der Königstraße von sei= ten der Vorschuß= und Sparvereinsbank. Durch dieses Gebäude wäre der heutige herr= liche Blick über die Schrangenfreiheit zum arößten Teile wieder verbaut worden. Wir erariffen damals die Initiative, um dieses zu verhindern. Selten fand eine Anregung so ungeteilte Zustimmung bei der Einwohnerschaft Lübecks wie hier. Es war möglich, diesen Plan zu beseitigen. dann überhaupt aus dem Karstadterweite= rungsbau und aus den geplanten Reubau= ten längs des Platzes nichts wurde, war eine Folge der rapiden Verschlechterung Wirtschaftslage. Die Karstadt=A.=G. konnte nicht mehr daran denken, den geplanten Er= weiterungsbau vorzunehmen.

Auch die Vorschuß= und Sparvereins= bank wäre gar nicht in der Lage gewesen, den Neubau auszuführen, weshalb sie mit Freuden nach der von uns gewünschten Neu=

regelung griff. Dort, wo früher große Geschäfts= und Wohnhäuser gestanden hatten. nämlich auf dem Platze zwischen Johannis= straße und Schrangen bis dur Königstraße hinunter, war fünf Jahre lang ein wüster Schutthaufen zu sehen, den man durch eine Bauplanke etwas verdeckte. Run endlich wird dieser Plat eingeebnet, mährend die rohe Wand des Karstadtgebäudes durch Ber= put und Aufteilung der großen Fläche ein einigermaßen befriedigendes Aussehen halten hat. Bielleicht wird der Plat für den Erweiterungsbau des Karstadthauses nun teilweise zu einem Autoparkplat benutt werden. Damit ist die Möglichkeit geschaffen zu einer Verschönerung der Schrangenfrei= heit, die bisher als Autoparkplat diente.

Am 9. Mai veröffentlichten die Kam=
mern der Hanseitädte einen Aufruf, in der
erneut in beschwörender Beise auf die Un=
möglich feit der bisherigen Birt=
schaft von Reich und Ländern hin=
gewiesen wurde. Man sprach von dem
unaushaltbaren allgemeinen Zusammen=
bruch, wenn nicht endlich Reich und Länder
zu schäffter Sparsamkeit zurückkehrten. Die
Kammern appellierten an das deutsche Bolk,
der bisherigen öffentlichen Birtschaftsfüh=
rung ein Ende zu bereiten.

#### Die RSDAP. in Lübeck.

Das deutsche Volk stand damals vor einer neuen Reichstagswahl infolge Auf= lösung des Reichstages. Unter den Parteien, die in Lübeck um die Stimmen der Wähler warben, befand sich zum ersten Male die NSDAP. Die Gründung einer Ortsgruppe Lübeck dieser Partei lag fast genau zwei Jahre zurück. Am 8. April 1925 erschien in unserer Zeitung ein Inserat, worin Ratios nalsvoialisten zu einer Versammlung am kommenden Tage im Turnerschaftshause ein= geladen wurden. Ob dies die eigentliche Gründungsversammlung war, oder ob ihr eine solche vorausgegangen ist, konnten wir nicht mehr feststellen. Jedenfalls bestand aber die Ortsgruppe Lübeck der Rational= sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei bier im April 1925 schon. Unter den Gründern befanden sich u. a. der heutige Senator Bannemann, der Kreisleiter Fredrich, der Standartenführer Dr. Währer, Koop und Jodeit. Bei den Bürgerschaftswahlen im Jahre 1926 hatten die Rationalsozialisten auf die Aufstellung einer eigenen Liste versichtet.

Am 12. Mai 1927 hielten die Lübecker Rationalsozialisten in den Zentralhallen eine Wahlversammlung ab, zu der der heustige Reichsstatthalter für Mecklenburg-Lübeck Silde brandt als Redner erschienen war. Damals wagten die Kommunisten noch, in diese Versammlungen zu gehen, um sie zu stören. Der Reserent setzte diesen Staatsseinden derartig zu, daß sie auf eine Forts

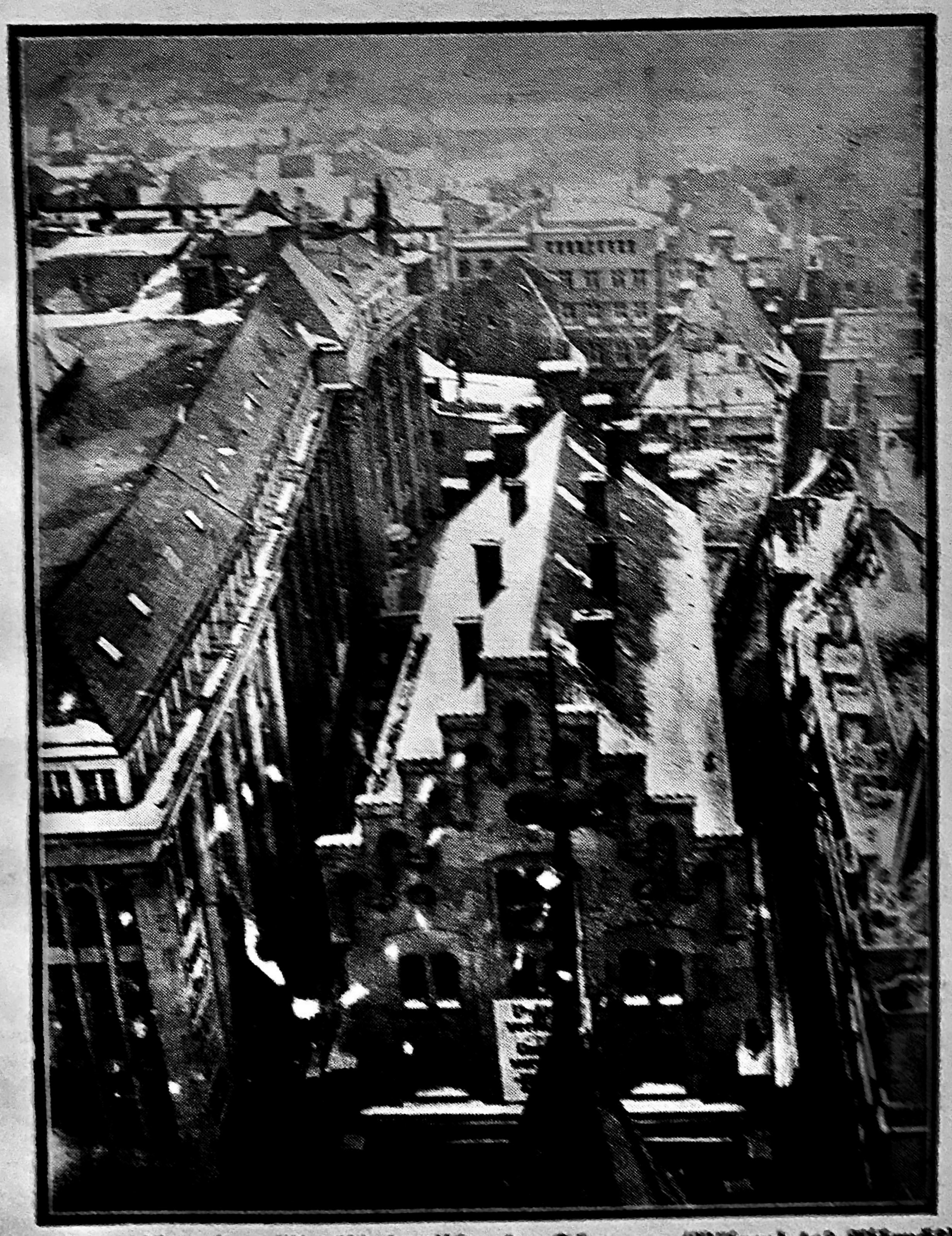
seines der Sebatte verzichteten und zu Stuckt und Lichkeinen griffen. Es kam zu einer jehmeren Schlägerei zwiichen Rationals bazialisten und Lonnunnisten, bei der es auch Lexteste gab. Die Lonnunnisten ernteten hier feinen Ruhu. Sie rönnunten das Schlackfeld, nachdem jich noch etliche der Anspelatier blutige Lippe gehalt hatten. In Su-

tunit megten die var voc Angridie, wenn die in dehre und grangigjacher Uebermacht führ befanden.

Die Reichtlugswehl femb am 28. Mut

patt. Hierzu lagen 15 Babiliften vor.

Die Sozialdemakraten brochten es auf 35.491 Stimmen und die Krommunisten auf 5771. Lon den bürgerlichen Parteien war



Der jest verfcmundene Mittelblock zwifcen ben Schrangen (Mabrend bes Abbrucht).

am erfolgreichsten die Volkspartei, die 13682 Stimmen erhielt. Es folgten die Deutsch= nationalen mit 9527, die Wirtschaftspartei mit 4249, die Demokraten mit 3175.

# Die Rationalsozialisten brachten es in diesem Kampfe nur auf 1265 Stimmen,

wozu man noch die 983 Stimmen der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung zählen konnte. Die übrigen Listen waren nur unsbedeutende Splittergruppen. In Mecklenburgs Lübeck erhielten die Nationalsozialisten inßegiamt 9000 Stimmen, während der Bölkische Nationalblock 18632 Stimmen zählte. Die Sozialdemokraten stiegen von 131 auf 152 Abgeordnete und die Kommunisten von 45 auf 54. Inßgesamt wurden 489 Abgeordnete gewählt. MecklenburgsLübeck stellte 3 Sozialsdemokraten und 1 Deutschnationalen. Trotz der wachsenden Not schworen noch immer weite Volkskreise auf die Sozialdemokratie.

In der Nacht zum 13. Mai verstarb in Lübeck Frau Ida Bon=Ed, die bekannte Schriftstellerin.

Am 1. Juni konnte die Bäderbahn zum ersten Male bis Neustadt durchgeführt werden. Hier hatte sie Anschluß an die Oldenburger Kreisbahn nach Fehmarn hinauf.

#### Der Seegrenzschlachthof.

Von der Reichsregierung waren inzwi= schen verschärfte Bedingungen für die Ein= fuhr von ausländischem Schlachtvieh erlassen worden. Um die Gefahr der Seuchenüber= tragung auf das deutsche Vieh auszuschlie= ßen, kam ein Gesetz heraus, wonach die Ein= fuhr von Schlachtvieh abhängig gemacht wurde von der Errichtung von sogen. Seegrenzschlachthöfen Diese muß= ten so angelegt sein, daß das Bieh beim Auf= trieb dorthin keine öffentlichen Wege passierte und das Vieh mußte auch binnen kurzer Zeit abgeschlachtet werden. Lübeck, das seit jeher eine starke Einfuhr von däni= schem Vieh aufzuweisen hatte, wurde so zum Bau eines Seegrenzschlachthofes gezwungen. Die Verhandlungen mit Hamburg wegen eines gemeinsamen Seegrenzschlachthofes in Lübeck scheiterten, wie schon erwähnt. Ham= burg wollte seinen eigenen Seegrenzschlacht= hof haben und verbrauchte hierfür Mil= lionen. Lübeck konnte einen Teil seiner bis= herigen Anlagen nach entsprechenden Um= bauten mit benutzen, so daß hier nur 1,8 Millionen investiert zu werden brauchten. Die Bürgerschaft bewilligte diese Summe am 16. Juli 1928.

Auch Wismar baute damals einen Sees grenzschlachthof. Die spätere Entwicklung machte aus all' diesen Anlagen Verlustsbetriebe, bis sie schließlich wegen Drosselung der gesamten Einfuhr im Interesse der dem Erliegen nahen deutschen Landwirtschaft ganz geschlossen werden mußten. Für die

nutlos verbauten Millionen war letzten Endes die Reichsregierung verantwortlich.

Am Dienstag, dem 7. August, strömten Hunderte und Tausende von Lübeckern zur Pötenitzer Wiek, um dem Start des damals größten Flugbootes der Welt, Rohrbachs Komar beizuwohnen. 300 Zentner wurden dort binnen kurzem durch die Arast der 2400=PS.=Motoren aus dem Wasser heraussgerissen und schwebten frei in der Luft. Diese Boote vom Typ der Romar waren ein Meilenstein auf dem Wege der Entwicklung der deutschen Verkehrsfliegerei.

Im August wurde auch der Um = und Erweiterungsbau der Oberrealsschule vollendet. Am 26. September feierte die Lübecker Handelskam = mer ihr 75 jähriges Bestehen. Zu dem Festakt erschienen auch viele Ehrengäste aus den skandinavischen Staaten.

#### Lübecks Anleihen überzeichnet.

Am 28. September gab die Finanz= behörde auf Grund der ihr von Senat und Bürgerschaft erteilten Ermächtigung die Aufnahme einer achtprozentigen Staatsanleihe von 10 Millionen Mark auf der Zeichnungsbasis von 931/4 Prozent bekannt. Es war also teures Geld, was hier neu geborgt wurde. Der Erlös der Anleihe sollte zum Teil zur Abdeckung noch teurerer kurzfristiger Aredite bestimmt sein. die nach der Behauptung der Finanzbehörde für werbende Anlagen gebraucht worden waren, während der andere Teil insbeson= dere für die Errichtung des Grenzschlacht= hofes, für Erweiterung der Hafenanlagen und Ausgestaltung der Elektrizitäts= und Gaswerke verwandt werden sollte. Damals aab die Finanzbehörde auch gleichzeitig den Vermögensstand Lübecks bekannt. Danach berechnete die Finanzbehörde das werbende Vermögen des Lübeckischen Staates auf rund 112 Millionen. Die Strom= und Hafenbau= ten waren mit 25 Millionen eingesetzt, die Gas=, Elektrizitätswerke sowie Straßenbahn mit 40 Millionen, die sonstigen Städtischen Betriebe mit 5 Millionen, der Grundbesitz. soweit er nicht Verwaltungszwecken diente, mit 30 Millionen und Kapitalien und For= derungen mit 12 Millionen. Diesem Ber= mögen standen damals 38,1 Millionen RM. Schulden gegenüber. Alls Reingewinn der Städtischen Betriebe wurden 3,9 Millionen RM. angeführt. Die neue Anleihe wurde in der Tat wesentlich überzeichnet, so daß die Zeichnungen auf freie Stücke nur in einem geringen Prozentsatz zugeteilt werden konnten.

Angesichts dieser Tatsache ist es eigent= lich ein Wunder, daß der gemeinsame Aus= schuß der zur Neuordnung der Ver= waltung eingesetzt war, schon im Oktober seinen Bericht erstattete. Das Feuer brannte

ja doch nicht auf den Nägeln. Der Bericht des gemeinsamen Ausschusses war in der Hauptsache ein Wechsel auf die Zukunft. Der Ausschuß erklärte nämlich einleitend, daß die vorgeschlagenen Reformen sofortige erheb= liche Ersparnisse nicht haben würden, sondern daß diese erst in Zukunft zu erwarten wären. Kür den Kehlbetrag im Haushalt seien über= dies nicht in erster Linie die Kosten der Ver= waltung, sondern neben der Vermehrung der Ausgaben im Schulwesen und der Poli= zei das starke Anwachsen der sachlichen Kosten bei einzelnen Behörden, besonders beim Wohlfahrtsamte das Entscheidende. Der Be= richt beschränkte sich in der Hauptsache auf organisatorische Reuerungen. Selbst gegen die sofortige Aufhebung des Wohnungsamtes wandte sich die Mehrheit des Ausschusses, obwohl der Aufgabenkreis dieses Amtes schon beträchtlich verringert worden sei. Man nahm aber die Zusammen= legung des Wohnungsamtes mit der Bau= polizei für später in Aussicht. Im übrigen seien schon zahlreiche freigewordene Stellen nicht wieder besetzt worden.

# Von einer weiteren Verkleinerung des Senates aber sah man ab.

Man hielt sechs vollamtliche und fünf neben= amtliche Senatsmitglieder für unbedingt er= forderlich.

Endlich wurde vom HBB. noch die Ansregung einer Herabsetzung der Zahl der Bürgerschaftsmitglieder gegeben. Darüber sollte man sich auf Borschlag der Linken noch im Aeltestenausschuß unterhalten. Es soll hier gleich mitgeteilt werden, wie der Gang dieser Angelegenheit war. Die Mehrheit hielt an den 80 Mitgliedern fest, stimmte dafür aber einer 20prozentigen Herabsetzung der Diäten zu. Ehe man sich zu diesem Entschlusse auf der Linken durchrang, mußte allerdings die Finanzlage Lübecks noch ersheblich schlechter und der Kampf gegen die marristische Mißwirtschaft erheblich schärfer werden.

#### Die verbündeten Aasgeier.

Ein schwerer Schlag, namentlich für das benachbarte Land Lübeck, war der Zusam= menbruch der Ahrensböker Amts=Spar= und Leihkasse, einer alten Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, für die 220 Mit= glieder gerade zu stehen hatten. Schuld an den Verlusten trug der Ren= dant Prieß. Es drohte der Ruin von vielen Landwirten und Hausbesitzern im Lande Lübeck, besonders in der Ahrensböker Gegend. Prieß hatte aus eigener Machtvoll= kommenheit, obwohl er dazu nicht berechtigt war, einzelnen Kunden hohe Kredite einge= räumt, bei denen für die Bank erhebliche Verluste entstanden. Um diese zu decken, ließ er sich auf neue Spekulationen ein. Er

spekulierte bei einem Bankhaus Bischofs= hausen. Das Bankhaus ging pleite und so verlor Prieß nicht nur den erzielten Ge= winn, sondern seine Einlagen obendrein. Das Adressenmaterial der Kunden der pleite gegangenen Bank wurde einem Berliner Juden bekannt. Wahrscheinlich war das Adressenmaterial zur weiteren Ausbeutung der Kunden weitergegeben worden. Jeden= falls stellte sich bei dem Prozeß gegen Prieß heraus, daß jeder, der nur irgend eine faule Sache als gewinnbringend Dummen gegenbringen wollte, die Adresse von Prieß hatte. Ein Robert Cohn verkaufte Prieß Bruttoprozente von Oelbohrungsgesellschaf= ten. Ergebnis: 235 000 RM. Verluste. Die Delbohrungsgesellschaft war in Galizien. Prieß verlor weiter an einer Budapester Stadtanleihe und schließlich finanzierte er ein Schmuggelschiff und ein Nachtlokal in Hamburg, immer durch dunkle Ehrenmänner dazu verleitet.

Rendant Prieß tat alles Mögliche, um seine Versehlungen zu verdecken. Insgessamt entstanden Verluste von 1,8 Millionen RM. Das Gericht verurteilte Prieß zu drei Jahren Gefängnis, doch wurde später diese Strase auf vier Jahre erhöht. Die Mitschulsdigen, die Leute, die Prieß zu immer neuen verlustreichen Spekulationen veranlaßten, gingen leider frei aus. Schwere Not kam durch sie über alteingesessene Landleute, die für alle diese Sachen gerade zu stehen hatzten. Viele von ihnen sahen Jahrzehnte schwerster Arbeit vor sich nur um diese Verzluste decken zu können, und andere konnten den Stab nehmen.

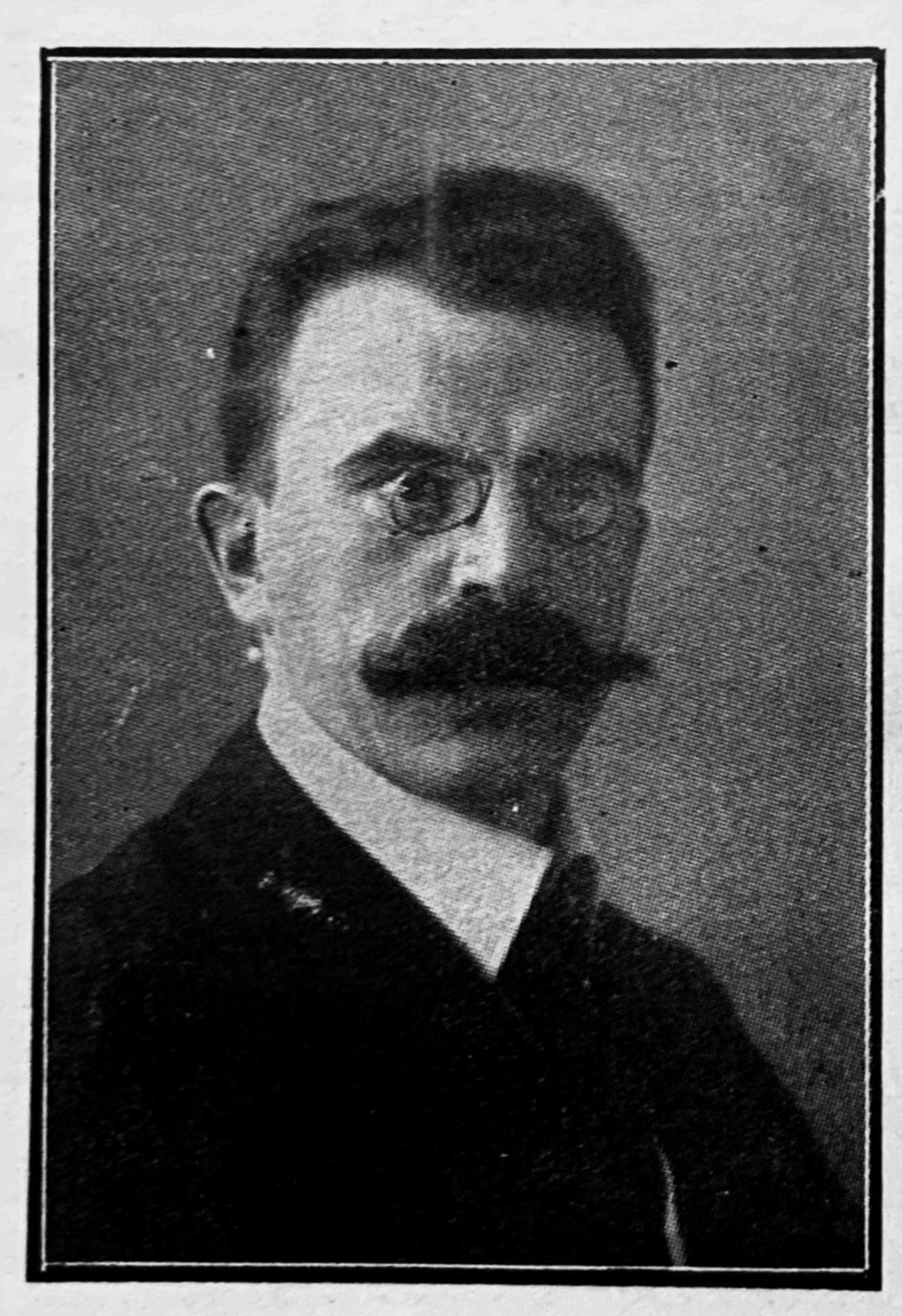
In der Bürgerschaftssitzung vom 30. Oft. wurde der Verkleinerung des Sesnats auf 6 vollamtliche und 5 nebenamtliche zugestimmt.

#### Die geplante neue Elbbrücke.

Um jene Zeit unterhielt man sich auch viel über die geplante neue Elbbrücke. Ham= burg wollte sie möglichst nahe an Hamburg haben. Schleswig=Holstein und Lübeck tra= ten für eine Brücke zwischen Artlenburg und Boizenburg ein und Mecklenburg empfahl die Gegend um Dömitz. Man ist hier aber unter dem alten Regime niemals zu einem Entschluß gefommen. Erst jetzt scheint es da= mit Ernst werden zu sollen. Wenn wir rich= tig unterrichtet sind, plant man nun den Bau zweier Elbbrücken, und zwar einmal zwischen Artlenburg und Boizenburg und zum andern bei Dömitz. Das wäre aller= dings auch eine Ideallösung.

#### Der Sauherdenton der Kommunisten.

Die Bürgerschaftsverhandlungen hatten immer mehr unter dem Terror der Kom= munisten zu leiden. Es war oft kaum noch möglich, diese Verhandlungen durchzuführen. Der richtige Sauherdenton war eingerissen. So blieb nichts anderes übrig, als durch eine wesentlich verschärfte Gesichäftsordnung die Rommunisten zu einigermaßen parlamentarischen Regeln zurückzuführen. Am 3. Dez. 1928 nahm die Bürgerschaft gegen den wütenden Protest der radikalen Linken die verschärfte Gesich äftsord nung an und setzte sie sofort in Kraft Klann mußte durch Polizeigewalt aus dem Saale gebracht werden. Jetzt hatte der Wortsührer die Möglichkeit, Mitglieder,



Der deutsche Gesandte Dr. Wallroth †

die durch dauernde Zwischenruse usw. die Verhandlungen störten, aus dem Saale zu weisen. Auch dann noch renitente Mitgliesder konnten für weitere Sitzungen aussgeschlossen und ihrer Diäten für verlustig erklärt werden. Das half ein wenig. Imsmerhin mußte auch in den folgenden Jahren noch ab und zu von diesen Bestimmungen gegen die Kommunisten Gebrauch gemacht werden.

#### Die fehlende Verbindung Schönberg— Rehna.

Am 4. Dezember schrieben wir über eine alte Verkehrssünde, die auch heute noch der

unbedingt notwendigen Lösung harrt. Alls seiner Zeit eine Kleinbahn von Schwerin westwärts auf Lübeck zu gebaut wurde, liek man diese in Rehna enden, statt sie sofort bis Schönberg zu bauen und so ihr Anschluß an die Hauptstrecke Lübeck=Aleinen zu geben. So muß heute ein Rehnaer, wenn er per Babn dahin fahren will, über Aleinen-Schwerin -Gadebusch fahren, also etwa eine Strecke von 95 Klm. zurücklegen, während Rehna nur 30 Klm. von Lübeck ab liegt. Es waren damals für das Ende der Bahn in Rehna falsch verstandene Interessen Schwerins maßgebend. Man wollte kein Abfließen des Verkehrs aus diesem Gebiete nach dem "Auslande". Die Ansichten in diesem Punkt haben sich doch wohl längst gewandelt. Der Ausbau der Strecke Schönberg-Schwerin über Gadebusch würde es möglich machen, eines der D=Zugpaare von Kiel—Lübeck nach Berlin über Schwerin laufen zu lassen, das dadurch endlich eine vollwertige Verbindung zum Reiche erhalten würde.

Am 13. Dezember bewilligte die Hamburger Bürgerschaft für den Ausbau der Heilanstalt Strecknitz 2686 000 RM., um dort auch Hamburger Kranke unterbringen zu

fönnen.

#### Das Jahr 1929.

Am 4. Januar verstarb in Oslo der deutsche Gesandte Dr. Wallroth, der ehe= mals Syndifus der Lübecker Handelskammer

gewesen war.

Der Winter 1928=29 war einer der schwersten und längsten der neueren Zeit. Er schuf ganz eigenartige Verhältnisse. Der Frost griff so tief in den Boden, daß viele Straßenzüge durch Einfrieren der Leitungen ohne Wasser waren. Deshalb fuhren viele Wochen lang Wasserwagen durch die Stra= ßen, die das Wasser eimerweise an die An= wohner abgaben. Auch die Schiffahrt wurde unterbunden. Die Trave offen zu halten. wäre möglich gewesen, aber draußen auf der See sperrte eine gewaltige Eisbarriere jeden Verkehr. Die Schiffe unserer Marine waren lange unterwegs, um hilflos im Eise treibende Schiffe zu befreien, bis auch sie nicht mehr durch die Eisfelder hindurch= kamen. Schließlich erschienen in der west= lichen Oftsee die starken russischen Eis= brecher und forcierten das Eis. Auch in die Lübecker Bucht sollten sie kommen, aber am 23. März gelang es den Lübecker Eisbrechern, in deren Fahrwasser eine Anzahl Schiffe fuhren, die letzte Eisdecke zu durchstoßen und so den Hafen Lübecks wieder erreichbar zu machen. Ungeheuer groß war in diesem Winter die Not der Wasservögel. Die Enten, Taucher usw. liefen in Travemünde in die Häuser hinein, um Futter zu erhalten. Tau= sende und Abertausende von Wasservögeln fielen der Kälte und dem Hunger Opfer. Sie lagen morgens tot unter den Brücken usw. Die Erfahrungen dieses Winters veranlaßten die Häfen der Oftsee zu dem gemeinsamen Verlangen, das Reich müsse einige starke Eisbrecher bauen, um in Zu= kunft eine Wiederkehr der völligen Lahm= legung der Schiffahrt zu verhindern.

#### Die Beseitigung der Mittelschulen.

Die Bürgerschaftssitzung vom 28. Januar beschäftigte sich mit einer neuen Schulvor= lage. Es handelte sich um die Beseitigung

Auf Antrag des HBB. wurden für die Mädchen noch dieselben Ausstiegmöglichkeiten wie für die Knaben beschlossen.

#### Immer wieder Fehlbeträge.

Der im Februar umgeteilte neue Hausschaltsplan schloß wieder mit einem Defizit von 1995 950 RM. ab. Der jährliche Zinsenschenst Lübecks für die Anleihen stieg auf 3,4 Millionen RM. Dabei war der Ab-



Selbst die schenen Zappen gingen an Land.

der Mittelschulen, eine Forderung von Se= nat und Oberschulbehörde, die schärfsten Widerspruch in weiten Areisen der Lübecker Bevölkerung auslöste. Die Vorlage ging an einen Ausschuß, aber schon am 25. Februar beschäftigte sie erneut die Bürgerschaft und wurde mit einigen Abänderungen angenom= men. Lübeck erhöhte hier freiwillig von neuem seine Schullasten, da das Schulgeld der Mittelschulen in Zukunft fortfallen mußte. Außerdem wurden aber auch erheb= liche Bedenken geltend gemacht, daß die Volksschule mit dem neuen Kurs= und Kernsystem die Mittelschule ersetzen könnte, Bedenken, die sich später als nur zu berech= tigt erweisen sollten.

schnitt XIX des Etats (Nachträgliche Bewilligungen) nur noch mit 500 000 KM. dotiert, einer Summe, mit der man unmöglich auskommen konnte. Allerdings erhöhte man den Schulbaufonds von 300 000 KM. auf 500 000 KM. und zwar in Rücksicht auf die in nächster Zeit notwendigen großen Bauten.

Am 29. April erlebte Lübeck einen neuen Bankkrach, allerdings nur einen kleinen. Das Bankhaus Fritz Kiemstedt K.=G. brach zusammen. Auch eine Folge versfehlter Spekulationen. Der Mittelstand wurde durch diesen Krach nur wenig betrofsen, Am 14. Mai wurde endlich auch in Lübeck der Rotfrontkämpfer=Bund mit allen seinen Rebenorganisa=

tionen verboten, eine Maßnahme, die längst notwendig geworden war. Allerdings liebäugelte man damals in Berlin auch mit einem Verbot der Nationalsozialistischen Verbände, die den Herren ein wenig unbe-

quem zu werden begannen.

Am 7. Juni traf in Lübeck der große finnische Passagierdampser "Flmatar" ein und eröffnete so eine neue internatio = nale Reisenverbindung von West= europa über Lübeck nach Finn=land. Für diesen Dampser war in Trave= münde eine besondere große neue Anlege= brücke mit einem Kostenauswande von rund 100 000 RM geschaffen worden.

# Vergeblicher Mißtrauensantrag gegen Dr. Geister.

Am 15. Juli erfolgte ein Vorstoß des Hanseatischen Volksbundes gegen den in den Senat gewählten Dr. Geister. Hier zeigte es sich, daß Dr. Geister, ein angeblich bürger= liches Senatsmitglied, nur die Sozialdemo= kraten und die Arbeitsgemeinschaft (die zwei Demokraten, den Zentrumsvertreter und den Vertreter der Aufwertungspartei) hin= ter sich hatte. Da aber die Kommunisten weiße Zettel abgaben, weil, wie sie in einer ziemlich konfusen Erklärung darlegten, sie sich nicht in den Streit der Sozialdemokraten und des HBB. einmischen wollten, so wurde der Mißtrauensantrag mit 36 gegen 36 Stimmen abgelehnt. Zu seiner Annahme hätten 41 Stimmen gehört. Dr. Geister war also gerettet.

Am 28. Juli seierte Travemünde seine 600 jährige Zugehörigkeit zu Lübeck. Die ganze Saison über sanden große Sportveranstaltungen statt. Auch sonst war diese Saison glänzend ausgestattet, so daß ihre Werbekraft für Travemünde

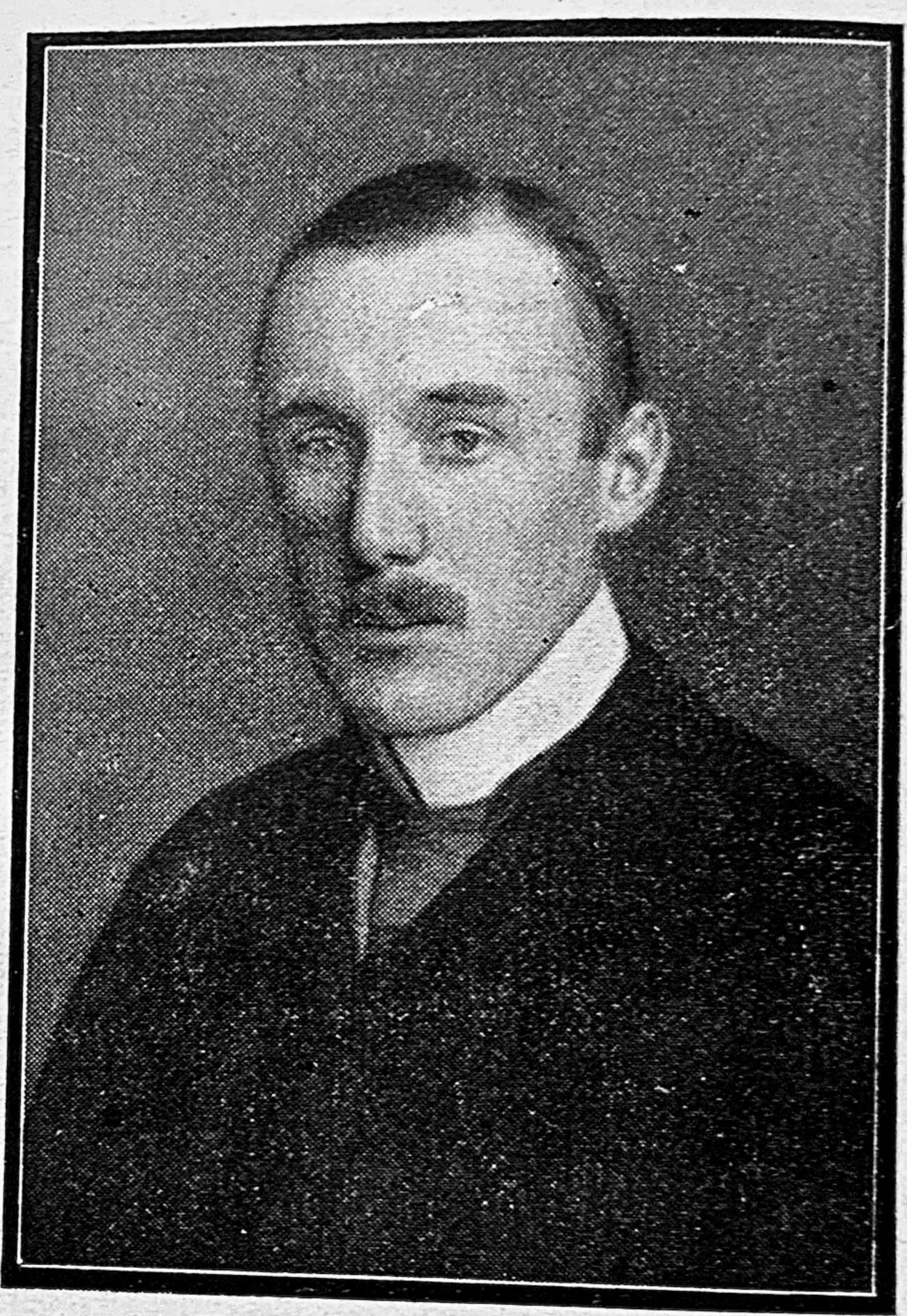
nicht gering war.

Am 11. September versank das Rohr = bach = Romar = Flugboot D 1704 nach einer Notlandung vor Grömitz infolge Leck schlagens des Bootskörpers im Meere. Es konnte erst nach Tagen wieder flott gemacht und nach Travemünde eingeschleppt werden, wo das Flugboot, das kieloben schwamm, gesborgen wurde.

#### Verluste der Areditanstalt.

Am 23. September mußte sestgestellt werden, daß auch die Lübecker Areditanstalt, daß staatliche Geldinstitut, erhebliche Versluste bei einzelnen Areditnehmern erlitten hatte. Diese Angelegenheit hat noch wiedersholt die Bürgerschaft beschäftigt. Der das malige Stadtkassendirektor Bruns und der zweite Direktor der Areditanstalt wurden ihres Amtes enthoben. Bruns hatte nebensamtlich die Leitung der Areditanstalt übersnommen. Ein Versahren gegen ihn endete indessen mit seiner Freisprechung. Die erslittenen Verluste von 1165 000 KM, gingen zu Lasten des Staates.

Fünf Tage später wurde der neu erbaute Seegrenzschlacht hof seiner Bestim= mung übergeben. Der Wortsührer der Bür= gerschaft, der Sozialdemokrat Ehlers, sprach dabei die sichere Erwartung aus, daß die aufgewendeten Mittel dem Lübecker Staate noch Früchte tragen würden. Wie sehr er sich darin täuschte, sollte die nahe Zukunit er=



Senator Dr. Niebour †

geben. Die Anlage steht nun völlig unbenutt da. Es ist ein schlechter Trost, daß es allen übrigen Städten, die damals Seegrenzschlachthöfe bauten, zum Teil noch wesentlich schlimmer ergangen ist.

Am 6. Oktober fand eine Feier des 50=
jährigen Bestehens der deutschen Gerichte und der Versahrungsordnungen,
insbesondere auch des Bestehens des Lübeck
und Oldenburg gemeinschaftlichen Land=
gerichts Lübeck statt, du der Mitglieder
des Senats, der Regierungspräsident in
Eutin usw. erschienen. Die Festrede hielt
Landgerichtspräsident Dr. Demler.

### Der Tod des Senators Niebour.

Am 9. Oktober verstarb Senator Niesbour, ein Mann von hohen Qualitäten als Mensch und Jurist. Sein tragischer Tod war eine Folge seiner schweren Kriegsverletzung (Kopsichuß). Er war zuletzt Vorsitzender der Baubehörde gewesen. Für ihn übernahm Dreger kommissarisch das Bauamt. Mit